

Bundesgesetzblatt¹⁰⁰⁹

Teil II

G 1998

2011

Ausgegeben zu Bonn am 27. Oktober 2011

Nr. 27

Tag	Inhalt	Seite
20.10.2011	Gesetz zu dem Abkommen vom 5. April 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums FNA: neu: 188-105 GESTA: XN002	1010
5. 9.2011	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentzusammenarbeitsvertrag	1023
14. 9.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren	1030
16. 9.2011	Bekanntmachung des deutsch-bulgarischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1030
26. 9.2011	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölschmutzschäden	1032
19.10.2011	Bekanntmachung der deutsch-polnischen Rahmenvereinbarung über die Verteidigungszusammenarbeit	1033
20.10.2011	Bekanntmachung der deutsch-kongolesischen Vereinbarung über Technische Zusammenarbeit	1037
28. 9.2011	Berichtigung der Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Straßenverkehrszeichen	1040

Gesetz
zu dem Abkommen vom 5. April 2011
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien
über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums

Vom 20. Oktober 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Abu Dhabi am 5. April 2011 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Bedienstete der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien, deren Mitgliedschaft als Arbeitnehmer in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Beschäftigung bei der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien endete, können der gesetzlichen Krankenversicherung in entsprechender Anwendung des § 9 Absatz 1 Nummer 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch beitreten, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung ihrer Beschäftigung bei der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien wieder eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen. Der Beitritt ist der Krankenkasse innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Beschäftigung bei der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien anzuzeigen.

(2) Eine Befreiung der in Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens genannten Personen von den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland über Pflichtbeiträge in Bezug auf die Systeme der Sozialen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist keine Regelung im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften, die die Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Berücksichtigungszeiten ausschließt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 24 Absatz 4 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 20. Oktober 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Norbert Röttgen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dirk Niebel

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien
über den Sitz des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the International Renewable Energy Agency
concerning the Seat of IRENA Innovation and Technology Centre**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Internationale Organisation für erneuerbare Energien –

in Erwägung der Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien, die am 8. Juli 2010 in Kraft getreten ist;

in Anbetracht der EntschlieÙung über die Einrichtung der Vorbereitungskommission für die Internationale Organisation für erneuerbare Energien, die am 26. Januar 2009 von der Konferenz zur Gründung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien angenommen wurde;

eingedenk des von der Vorbereitungskommission für die Internationale Organisation für erneuerbare Energien auf ihrer zweiten Tagung gefassten Beschlusses, Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate, zum Sitz der Organisation zu wählen und im Rahmen des IRENA-Sekretariats das von Deutschland finanzierte IRENA-Innovations- und Technologiezentrum in Bonn sowie das von Österreich finanzierte IRENA-Verbindungsbüro zu internationalen Organisationen und UN-Energie in Wien zu errichten;

eingedenk des Beschlusses der Konferenz zur Gründung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um die schnelle und effektive Gründung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien zu gewährleisten;

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien zu regeln, die sich aus der Niederlassung des IRENA-Innovations- und Technologiezentrums in der Bundesrepublik Deutschland und der Notwendigkeit einer wirksamen Durchführung seiner Aufgaben ergeben –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Vertragsparteien“ bezeichnet die Internationale Organisation für erneuerbare Energien und die Bundesrepublik Deutschland;

The Federal Republic of Germany

and

the International Renewable Energy Agency,

Considering the Statute of the International Renewable Energy Agency (IRENA), which entered into force on 8 July 2010;

Noting the Resolution adopted by the Conference on the Establishment of the International Renewable Energy Agency on 26 January 2009 establishing the Preparatory Commission for the International Renewable Energy Agency (IRENA);

Recalling the decision of the Preparatory Commission for the International Renewable Energy Agency at its second session to base its Headquarters in Abu Dhabi, United Arab Emirates, and to establish, within the framework of the IRENA Secretariat, the IRENA Innovation and Technology Centre, funded by Germany, in Bonn, as well as the IRENA Liaison Office to international agencies and UN-Energy, funded by Austria, in Vienna;

Recalling the decision of the Conference on the Establishment of the International Renewable Energy Agency to take all possible measures to ensure the rapid and effective establishment of the International Renewable Energy Agency;

Desiring to regulate the relations between the Federal Republic of Germany and the International Renewable Energy Agency arising from the establishment of and the necessity for the effective discharge of the functions of the IRENA Innovation and Technology Centre in the Federal Republic of Germany;

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purpose of this Agreement, the following definitions shall apply:

- a) “the Parties” means the International Renewable Energy Agency and the Federal Republic of Germany;

- b) „Gastland“ bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland;
- c) „Satzung“ bezeichnet die am 26. Januar 2009 in Bonn zur Unterzeichnung aufgelegte Satzung der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien, die am 8. Juli 2010 in Kraft getreten ist;
- d) „IRENA“ bezeichnet die aufgrund der Satzung gegründete Internationale Organisation für erneuerbare Energien;
- e) „Versammlung“ bezeichnet das oberste Organ von IRENA nach Artikel VIII Absatz A Nummer 1 und Artikel IX der Satzung;
- f) „Sekretariat“ bezeichnet das Hauptorgan von IRENA nach Artikel VIII Absatz A Nummer 3 und Artikel XI der Satzung;
- g) „IITC“ bezeichnet das in Bonn, Bundesrepublik Deutschland, niedergelassene IRENA-Innovations- und Technologiezentrum im Rahmen des Sekretariats;
- h) „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;
- i) „zuständige Behörden“ bezeichnet Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden nach den Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Gepflogenheiten der Bundesrepublik Deutschland;
- j) „IITC-Gelände“ bezeichnet die Räumlichkeiten, das heißt die Gebäude und Bauten, Ausstattung und sonstige Einrichtungen und Anlagen sowie die umgebenden Flächen, wie in einem Zusatzabkommen zwischen IRENA und der Regierung dargelegt, und alle anderen Räumlichkeiten, die nach diesem Abkommen oder einem anderen Zusatzabkommen mit der Regierung vom IITC in der Bundesrepublik Deutschland in Besitz genommen und genutzt werden;
- k) „Generaldirektor“ bezeichnet den von der Versammlung von IRENA nach Artikel XI Absatz B der Satzung ernannten Generaldirektor;
- l) „Direktor des IITC“ bezeichnet den vom Generaldirektor ernannten ranghöchsten Bediensteten des IITC;
- m) „Delegierte“ bezeichnet die benannten Vertreter der Mitglieder von IRENA sowie die benannten Vertreter der Unterzeichner der Satzung sowie die an Sitzungen oder anderen Veranstaltungen von IRENA teilnehmenden Mitglieder ihrer jeweiligen Delegationen;
- n) „IRENA-Personal“ bezeichnet den Generaldirektor und alle von ihm ernannten Mitglieder des Personals von IRENA ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, mit Ausnahme der Ortskräfte, die nach Stunden bezahlt werden;
- o) „IITC-Personal“ bezeichnet das gesamte IRENA-Personal, dessen Dienstort im Gastland liegt;
- p) „Berater und Sachverständige, die Aufträge durchführen“, bezeichnet Personen mit Ausnahme des IRENA-Personals, die im Gastland Aufträge für IRENA durchführen;
- q) „unmittelbare Angehörige“ bezeichnet den Ehegatten oder Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie Kinder, die jünger als 18 Jahre oder, wenn sie unterhaltsberechtigt sind und zum Haushalt gehören, jünger als 28 Jahre sind;
- r) „Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen“ bezeichnet das am 18. April 1961 in Wien beschlossene Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, dem die Bundesrepublik Deutschland am 11. November 1964 beigetreten ist und das für die Bundesrepublik Deutschland am 11. Dezember 1964 in Kraft getreten ist.
- (b) “the host country” means the Federal Republic of Germany;
- (c) “the Statute” means the Statute of the International Renewable Energy Agency (IRENA) opened for signature at Bonn on 26 January 2009, which entered into force on 8 July 2010;
- (d) “IRENA” means the International Renewable Energy Agency established under the Statute;
- (e) “the Assembly” means the supreme organ of IRENA according to Article VIII paragraph A number 1 and Article IX of the Statute;
- (f) “the Secretariat” means the principal organ of IRENA according to Article VIII paragraph A number 3 and Article XI of the Statute;
- (g) “the IITC” means the IRENA Innovation and Technology Centre, established in Bonn, Federal Republic of Germany, within the framework of the Secretariat;
- (h) “the Government” means the Government of the Federal Republic of Germany;
- (i) “the competent authorities” means Bund (federal), Länder (state), or local authorities under the laws, regulations and customs of the Federal Republic of Germany;
- (j) “the IITC district” means the premises, being the buildings and structures, equipment and other installations and facilities, as well as the surrounding grounds, as specified in a Supplementary Agreement between IRENA and the Government; and any other premises occupied and used by the IITC in the Federal Republic of Germany, in accordance with this Agreement, or any other supplementary agreement with the Government;
- (k) “the Director-General” means the Director-General appointed by the Assembly of IRENA pursuant to Article XI paragraph B of the Statute;
- (l) “the Director of the IITC” means the seniormost official of the IITC as appointed by the Director-General;
- (m) “Delegates” means the designated representatives of Members of IRENA as well as the designated representatives of Signatories of the Statute, and members of their respective delegations attending any meeting or other events of IRENA;
- (n) “IRENA staff” means the Director-General and all members of the staff of IRENA appointed by him or her, irrespective of nationality, with the exception of those who are locally recruited and assigned to hourly rates;
- (o) “IITC staff” means all IRENA staff whose duty station is in the host country;
- (p) “advisers and experts performing missions” means persons, other than IRENA staff, undertaking missions for IRENA in the host country;
- (q) “immediate dependents” means the spouse or registered civil union partner and children who are under 18 years of age or, if economically dependent and forming part of the household, under 28 years of age;
- (r) “the Vienna Convention on Diplomatic Relations” means the Vienna Convention on Diplomatic Relations done at Vienna on 18 April 1961, to which the Federal Republic of Germany acceded on 11 November 1964 and which came into force with respect to the Federal Republic of Germany on 11 December 1964.

Artikel 2

Zweck und Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen regelt Angelegenheiten, die mit der Niederlassung und der ordnungsgemäßen Tätigkeit des IITC im Gastland und vom Gastland aus zusammenhängen oder sich daraus ergeben.

Article 2

Purpose and scope of the Agreement

This Agreement shall regulate matters relating to or arising out of the establishment and the proper functioning of the IITC in and from the host country.

Artikel 3**Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit**

(1) IRENA besitzt im Gastland volle Rechtspersönlichkeit und kann insbesondere

- a) Verträge schließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern,
- c) vor Gericht stehen.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird das Sekretariat durch den Generaldirektor und gegebenenfalls die von ihm benannte Person vertreten.

Artikel 4**Unverletzlichkeit des IITC-Geländes**

(1) Das IITC-Gelände ist unverletzlich. Die zuständigen Behörden betreten das IITC-Gelände zur Wahrnehmung einer Amtspflicht nur mit ausdrücklicher Zustimmung oder auf Ersuchen des Generaldirektors oder gegebenenfalls der von ihm benannten Person.

(2) Gerichtliche Maßnahmen und die Zustellung oder Vollstreckung gerichtlicher Verfügungen einschließlich der Pfändung von Privateigentum können auf dem IITC-Gelände nur mit Zustimmung des Generaldirektors oder gegebenenfalls der von ihm benannten Person und in Übereinstimmung mit den von ihm oder ihr genehmigten Bedingungen durchgesetzt werden.

(3) Die zuständigen Behörden ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass IRENA der Besitz an dem IITC-Gelände oder irgendeinem Teil desselben nicht ohne ausdrückliche Zustimmung von IRENA entzogen wird.

(4) Das Vermögen, die Gelder und die Guthaben von IRENA, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Pfändung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

(5) Bei Feuer oder einem anderen Unglücksfall, der sofortige Schutzmaßnahmen erforderlich macht, oder in dem Fall, dass die zuständigen Behörden triftige Gründe zu der Annahme haben, dass auf dem IITC-Gelände ein solcher Unglücksfall eingetreten ist oder bevorsteht, wird die Zustimmung des Generaldirektors oder gegebenenfalls der von ihm benannten Person zu jedem notwendigen Betreten des IITC-Geländes vermutet, wenn keiner von ihnen rechtzeitig erreicht werden kann.

(6) Vorbehaltlich der Absätze 1 bis 4 ergreifen die zuständigen Behörden die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des IITC-Geländes vor Feuer oder anderen Unglücksfällen.

(7) Unbeschadet dieses Abkommens wird es IRENA nicht zulassen, dass das IITC-Gelände für Personen, gegen die ein strafrechtliches Urteil ergangen ist oder die verfolgt werden, nachdem sie auf frischer Tat betroffen wurden, oder gegen die von den zuständigen Behörden ein Haftbefehl, eine Auslieferungsanordnung oder ein Ausweisungs- oder Abschiebungsbeschluss erlassen worden ist, eine Zuflucht vor der Justiz wird.

(8) Jeder Standort innerhalb oder außerhalb Bonns, der zeitweilig für Sitzungen von IRENA genutzt werden kann, gilt mit Zustimmung der Regierung für die Dauer derartiger Sitzungen als zum IITC-Gelände gehörend.

Artikel 5**Recht und Autorität auf dem IITC-Gelände**

(1) Das IITC-Gelände untersteht der Autorität und Kontrolle von IRENA, wie in diesem Abkommen vorgesehen.

(2) Sofern in diesem Abkommen nichts anderes vorgesehen ist, gelten auf dem IITC-Gelände die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Gastlands.

Article 3**Legal personality and legal capacity**

1. IRENA shall possess in the host country full legal personality and in particular the capacity:

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of movable and immovable property;
- (c) to institute legal proceedings.

2. For the purpose of this Article, the Secretariat shall be represented by the Director-General and his or her designee, as applicable.

Article 4**Inviolability of the IITC district**

1. The IITC district shall be inviolable. The competent authorities shall not enter the IITC district to perform any official duty, except with the express consent, or at the request of, the Director-General or his or her designee, as applicable.

2. Judicial actions and the service or execution of legal process, including the seizure of private property, cannot be enforced in the IITC district except with the consent of and in accordance with conditions approved by the Director-General or his or her designee, as applicable.

3. The competent authorities shall take whatever action may be necessary to ensure that IRENA shall not be dispossessed of all or any part of the IITC district without the express consent of IRENA.

4. The property, funds and assets of IRENA, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, seizure, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

5. In case of fire or other emergency requiring prompt protective action, or in the event that the competent authorities have reasonable cause to believe that such an emergency has occurred or is about to occur in the IITC district, the consent of the Director-General or his or her designee, as applicable, to any necessary entry into the IITC district shall be presumed if none of them can be reached in time.

6. Subject to paragraphs 1 to 4 above, the competent authorities shall take the necessary action to protect the IITC district against fire or other emergency.

7. Without prejudice to the provisions of this Agreement, IRENA shall not allow the IITC district to become a refuge from justice for persons against whom a penal judgement has been made or who are pursued *flagrante delicto*, or against whom a warrant of arrest or an order of extradition, expulsion or deportation has been issued by the competent authorities.

8. Any location in or outside Bonn which may be used temporarily for meetings by IRENA shall be deemed, with the concurrence of the Government, to be included in the IITC district for the duration of such meetings.

Article 5**Law and authority in the IITC district**

1. The IITC district shall be under the authority and control of IRENA, as provided in this Agreement.

2. Except as otherwise provided in this Agreement, the laws and regulations of the host country shall apply in the IITC district.

(3) IRENA ist befugt, Vorschriften zu erlassen, die auf dem gesamten IITC-Gelände gelten, um dort die Bedingungen festzulegen, die in jeder Hinsicht zur vollen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind. IRENA unterrichtet die zuständigen Behörden umgehend über die nach diesem Absatz erlassenen Vorschriften. Soweit eine Bundes-, Landes- oder Kommunalvorschrift der Bundesrepublik Deutschland mit einer nach diesem Absatz zulässigen Vorschrift von IRENA unvereinbar ist, gilt sie auf dem IITC-Gelände nicht.

(4) IRENA ist befugt, Personen wegen Verletzung ihrer Vorschriften des IITC-Geländes zu verweisen oder ihnen das Betreten desselben zu verbieten.

(5) Jede Streitigkeit zwischen IRENA und dem Gastland darüber, ob eine Vorschrift von IRENA nach diesem Artikel zulässig ist oder ob ein Gesetz oder eine sonstige Vorschrift des Gastlands mit einer nach diesem Artikel zulässigen Vorschrift von IRENA unvereinbar ist, wird umgehend nach dem in Artikel 23 dargelegten Verfahren beigelegt. Bis zu einer solchen Beilegung gilt auf dem IITC-Gelände die Vorschrift von IRENA; das Gesetz oder die sonstige Vorschrift des Gastlands gilt auf dem IITC-Gelände nicht, soweit IRENA geltend macht, dass sie mit ihrer Vorschrift unvereinbar sind.

Artikel 6

Schutz des IITC-Geländes und seiner Umgebung

(1) Die zuständigen Behörden handeln mit der gehörigen Sorgfalt, um die Sicherheit und den Schutz des IITC-Geländes zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Tätigkeit des IITC nicht durch das Eindringen von Personen oder Gruppen von außen oder durch Unruhen in der unmittelbaren Umgebung des IITC-Geländes beeinträchtigt wird, und stellen für das IITC-Gelände den gegebenenfalls erforderlichen angemessenen Schutz zur Verfügung.

(2) Auf Ersuchen des Generaldirektors oder der gegebenenfalls von ihm benannten Person stellen die zuständigen Behörden die erforderlichen angemessenen Polizeikräfte zur Wahrung von Recht und Ordnung auf dem IITC-Gelände oder in seiner unmittelbaren Umgebung sowie zur Entfernung von Personen vom IITC-Gelände bereit.

Artikel 7

Unverletzlichkeit der Archive und aller Dokumente

Alle Dokumente, Materialien und Archive, ungeachtet ihrer Form, die IRENA zur Verfügung gestellt werden, ihr gehören oder von ihr verwendet werden, sind unverletzlich, gleichviel, wo im Gastland und in wessen Besitz sie sich befinden.

Artikel 8

Gelder, Guthaben und sonstige Vermögenswerte

(1) IRENA, ihre Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von jeder Gerichtsbarkeit, soweit nicht im Einzelfall IRENA ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht umfasst jedoch nicht Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Das Vermögen und die Guthaben von IRENA sind von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen oder Stillhaltemaßnahmen jeder Art befreit.

(3) Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen zu sein, kann IRENA

a) Mittel, Gold oder begebare Wertpapiere jeder Art besitzen und verwenden, Konten in jeder Währung unterhalten und verwalten sowie alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln,

3. IRENA shall have the power to make regulations to be operative throughout the IITC district for the purpose of establishing therein the conditions in all respects necessary for the full discharge of its functions. IRENA shall promptly inform the competent authorities of regulations thus enacted in accordance with this paragraph. No Bund (federal), Länder (state) or local law or regulation of the Federal Republic of Germany which is inconsistent with a regulation of IRENA authorised by this paragraph shall, to the extent of such inconsistency, be applicable within the IITC district.

4. IRENA shall have the authority to expel or exclude persons from the IITC district for violation of its regulations.

5. Any dispute between IRENA and the host country, as to whether a regulation of IRENA is authorised by this Article, or as to whether a law or regulation of the host country is inconsistent with any regulation of IRENA authorised by this Article, shall be promptly settled by the procedure set out in Article 23. Pending such settlement, the regulation of IRENA shall apply and the law or regulation of the host country shall be inapplicable in the IITC district to the extent that IRENA claims it to be inconsistent with its regulation.

Article 6

Protection of the IITC district and its vicinity

1. The competent authorities shall exercise due diligence to ensure the security and protection of the IITC district and to ensure that the operations of the IITC are not impaired by the intrusion of persons or groups of persons from outside the IITC district or by disturbances in its immediate vicinity and shall provide to the IITC district the appropriate protection as may be required.

2. If so requested by the Director-General or his or her designee, as applicable, the competent authorities shall provide adequate police force necessary for the preservation of law and order in the IITC district or in its immediate vicinity, and for the removal of persons therefrom.

Article 7

Inviolability of archives and all documents

All documents, materials and archives, in whatever form, which are made available to, belonging to or used by IRENA, wherever located in the host country and by whomsoever held, shall be inviolable.

Article 8

Funds, assets and other property

1. IRENA, its funds, assets and other property, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process, except insofar as in any particular case IRENA has expressly waived the immunity. It is understood, however, that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

2. The property and assets of IRENA shall be exempt from restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature.

3. Without being restricted by financial controls, regulations or moratoria of any kind, IRENA:

(a) may hold and use funds, gold or negotiable instruments of any kind and maintain and operate accounts in any currency and convert any currency held by it into any other currency;

- b) ihre Mittel, ihr Gold oder ihre Devisen von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb des Gastlands frei transferieren.

- (b) shall be free to transfer its funds, gold or currency freely from one country to another, or within the host country.

Artikel 9

Befreiung von Steuern und Zöllen sowie von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen

(1) IRENA, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte genießen Befreiung von jeder direkten Steuer. Die direkten Steuern umfassen insbesondere, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein,

- a) Einkommensteuer,
- b) Körperschaftsteuer,
- c) Gewerbesteuer,
- d) Vermögensteuer,
- e) Grundsteuer,
- f) Grunderwerbsteuer,
- g) Kraftfahrzeugsteuer,
- h) Versicherungssteuer.

(2) Obwohl IRENA grundsätzlich keine Befreiung von indirekten Steuern einschließlich Umsatzsteuer und Verbrauchsteuern beansprucht, die im Preis von beweglichem und unbeweglichem Vermögen oder von Dienstleistungen enthalten sind, trifft das Gastland bei größeren Einkäufen durch IRENA für den amtlichen Bedarf des IITC, wenn im Preis derartige Steuern oder Abgaben enthalten sind, im Einzelfall nach Möglichkeit geeignete Verwaltungsanordnungen für die Befreiung von diesen Steuern oder Abgaben oder für die Erstattung des Betrags dieser Steuern oder Abgaben. Werden Waren, die unter Inanspruchnahme einer solchen Befreiung oder Erstattung gekauft wurden, verkauft, unentgeltlich abgegeben oder in anderer Weise veräußert, so sind die Verbrauchsteuern und der Teil der Umsatzsteuer, der dem Verkaufspreis beziehungsweise dem Zeitwert der Waren entspricht, an das Bundeszentralamt für Steuern abzuführen.

(3) Die Gelder, Guthaben und alle sonstigen Vermögenswerte von IRENA einschließlich Veröffentlichungen, audiovisueller Materialien und sonstiger Dokumente, ungeachtet ihrer Form, sind von allen Zöllen, Verboten und Beschränkungen hinsichtlich der von IRENA für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände befreit. Die demgemäß zollfrei eingeführten oder gekauften Gegenstände dürfen jedoch nur zu den mit der Regierung vereinbarten Bedingungen verkauft, unentgeltlich abgegeben oder in anderer Weise veräußert werden.

(4) Die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Befreiungen und Vorrechte werden in Übereinstimmung mit den förmlichen Erfordernissen des Gastlands angewendet. Diese Erfordernisse lassen jedoch den in diesem Artikel dargelegten allgemeinen Grundsatz unberührt. Jedoch verlangt IRENA keine Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben, die tatsächlich lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsdienste darstellen.

Artikel 10

Öffentliche und sonstige Dienstleistungen für das IITC-Gelände

(1) Die zuständigen Behörden unterstützen IRENA auf Ersuchen des Generaldirektors oder des Direktors des IITC dabei, die Bereitstellung der vom IITC benötigten öffentlichen Versorgungsdienste und sonstigen Dienstleistungen sicherzustellen. Werden öffentliche Versorgungsdienste und sonstige Dienstleistungen durch staatliche Stellen oder durch Einrichtungen unter deren Kontrolle bereitgestellt, so wird IRENA zu Tarifen versorgt, die diejenigen nicht überschreiten, die staatlichen Dienststellen gewährt werden.

Article 9

Exemption from taxes, duties, import and export restrictions

1. IRENA, its assets, income and other property shall be exempt from all direct taxes. The direct taxes shall, in particular, include, but not be limited to:

- (a) income tax (Einkommensteuer);
- (b) corporation tax (Körperschaftsteuer);
- (c) trade tax (Gewerbesteuer);
- (d) property tax (Vermögensteuer);
- (e) land tax (Grundsteuer);
- (f) land transfer tax (Grunderwerbsteuer);
- (g) motor vehicle tax (Kraftfahrzeugsteuer);
- (h) insurance tax (Versicherungssteuer).

2. While IRENA will not, as a general rule, claim exemption from indirect taxes including value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) and excise duties on the sale of movable and immovable property or services, nevertheless when IRENA is making important purchases for official use by the IITC of property or services on which such taxes or duties have been charged or are chargeable, the host country will, whenever possible, make appropriate administrative arrangements for the exemption or reimbursement of the amount of such taxes or duties. If goods purchased under an exemption or reimbursement are sold, given away, or otherwise disposed of, the excise duties and the part of the value added tax/turnover tax (Umsatzsteuer) which corresponds to the sales price or the current market value of such goods, as appropriate, shall be payable to the Federal Central Tax Office.

3. IRENA's funds, assets and all other property including publications, audio-visual materials and other documents, in whatever form, shall be exempt from all customs duties, prohibitions and restrictions in respect of articles imported or exported by IRENA for its official use. It is understood, however, that articles imported or purchased under such an exemption shall not be sold, given away or otherwise disposed of except under the conditions agreed upon with the Government.

4. The exemptions and privileges referred to in paragraphs 1 to 3 above shall be applied in accordance with the formal requirements of the host country. These requirements, however, shall not affect the general principle laid down in this Article. It is understood, however, that IRENA shall not claim exemption from taxes and duties which are, in fact, no more than charges for public utility services.

Article 10

Public and other services for the IITC district

1. The competent authorities shall, upon request of the Director-General or the Director of the IITC, assist IRENA in securing the provision of public utility and other services needed by the IITC. When public utilities and services are supplied by government authorities or bodies under their control, IRENA shall be supplied at tariffs not exceeding the rates accorded to government offices.

(2) Im Fall einer Unterbrechung oder drohenden Unterbrechung eines der in Absatz 1 genannten Dienste betrachten die zuständigen Behörden den Bedarf von IRENA als ebenso wichtig wie den Bedarf wichtiger staatlicher Institutionen und Unternehmen entsprechende Schritte, um sicherzustellen, dass die Arbeit von IRENA nicht beeinträchtigt wird.

2. In case of any interruption, or threatened interruption of any of the above services, the competent authorities shall consider the needs of IRENA as being of equal importance as those of essential agencies of the government and shall take steps accordingly to ensure that the work of IRENA is not prejudiced.

Artikel 11

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

(1) IRENA genießt im Hinblick auf ihren amtlichen Nachrichtenverkehr und ihre amtliche Korrespondenz keine weniger günstige Behandlung, als die Regierung jeder anderen zwischenstaatlichen Organisation oder jeder diplomatischen Mission gewährt; dies gilt für Einrichtung und Betrieb sowie Prioritäten, Tarife und Gebühren in Bezug auf Postsendungen und Kabeltelegramme usw., Fernschreib-, Fax-, Telefon-, elektronische Daten- und andere Nachrichtenverbindungen sowie für Tarife für Informationen an Presse und Rundfunk.

(2) Der amtliche Nachrichtenverkehr und die amtliche Korrespondenz von IRENA sind unverletzlich. Die amtliche Korrespondenz und der sonstige amtliche Nachrichtenverkehr von IRENA unterliegen nicht der Zensur.

(3) IRENA ist berechtigt, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihre Korrespondenz durch Kurier oder in Behältern zu versenden und zu empfangen, für welche dieselben Immunitäten und Vorrechte gelten wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

(4) IRENA ist berechtigt, im Verkehr zwischen ihren Dienststellen innerhalb und außerhalb des Gastlands auf den ihr von der Regierung zugeteilten Frequenzen die Funk-, Satellitenkommunikations- und andere Telekommunikationsgeräte zu betreiben, die erforderlich sind, um täglich und rund um die Uhr einen drahtlosen Nachrichtenverkehr mit ihren operativen Einheiten, wo immer diese sich befinden, zu unterhalten, und zwar befreit von Frequenznutzungsentgelten.

Artikel 12

Vorrechte und Immunitäten von Delegierten

(1) Delegierte genießen ungeachtet des Stands der diplomatischen Beziehungen zwischen dem jeweiligen Mitglied und dem Gastland die folgenden Vorrechte und Immunitäten:

- a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in ihrer Eigenschaft als Delegierte vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen); diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn die betreffenden Personen keine Delegierten mehr sind;
- c) Unverletzlichkeit aller Papiere, Korrespondenz und Dokumente;
- d) das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- e) Befreiung für sich selbst und die sie begleitenden unmittelbaren Angehörigen von allen Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht sowie von jeder nationalen Dienstleistung im Gastland;
- f) in Bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichen Auftrag;
- g) in Bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Immunitäten und Erleichterungen wie Diplomaten;
- h) hängt die Erhebung einer Steuer vom Aufenthalt des Steuerpflichtigen ab, so gelten die Zeiten, während derer sich die Delegierten zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Gastland befinden, nicht als Aufenthaltszeiten.

Article 11

Communications facilities

1. IRENA shall enjoy, in respect of its official communications and correspondence, treatment not less favourable than that accorded by the Government to any other intergovernmental organisation or diplomatic mission in matters of establishment and operation, priorities, tariffs, charges on, but not limited to, mail and cablegrams and on teleprinter, facsimile, telephone, electronic data and other communications, as well as rates for information to the press and radio.

2. The official communications and correspondence of IRENA shall be inviolable. No censorship shall be applied to the official correspondence and other official communications of IRENA.

3. IRENA shall have the right to use codes and to dispatch and receive its correspondence by courier or in bags, which shall have the same immunities and privileges as diplomatic couriers and bags.

4. IRENA shall have the right to operate radio, satellite and other telecommunications equipment on frequencies assigned to it by the Government, between its offices, within and outside the host country, which are required to maintain 24-hours-a-day, seven-days-a-week wireless communications with its operational units, wherever situated, and exempt from frequency management fees.

Article 12

Privileges and immunities of delegates

1. Delegates shall, irrespective of the status of diplomatic relations between the respective Member and the host country, enjoy the following privileges and immunities:

- (a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;
- (b) immunity from legal process of every kind in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their capacity as Delegates, which shall continue to be accorded even after the persons concerned have ceased to be Delegates;
- (c) inviolability of all papers, correspondence and documents;
- (d) the right to use codes and receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;
- (e) exemption in respect of themselves and their accompanying immediate dependents from immigration restrictions, alien registration or national service obligations in the host country;
- (f) the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions;
- (g) the same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to diplomatic agents;
- (h) where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the Delegates are present in the host country for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence.

(2) Absatz 1 ist nicht auf Delegierte des Gastlands anwendbar. Absatz 1 Buchstaben a, e, f, g und h ist nicht auf die Delegierten anwendbar, die Staatsangehörige des Gastlands sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben. Absatz 1 Buchstaben c und d ist nur auf sie anwendbar, soweit die Verschlüsselungen, Papiere, Korrespondenz und Dokumente ihre Aufgabe als Delegierte betreffen.

(3) Die Vorrechte und Immunitäten werden den Delegierten nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern zu dem Zweck, die unabhängige Wahrnehmung ihrer mit IRENA zusammenhängenden Aufgaben sicherzustellen.

Artikel 13

Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen für das IRENA-Personal

(1) Das IRENA-Personal genießt ungeachtet seiner Staatsangehörigkeit im Gastland die folgenden Vorrechte, Erleichterungen und Immunitäten. Es

- a) genießt Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihm in seiner amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen). Diese Immunität bleibt auch nach Beendigung der Beschäftigung bei IRENA bestehen;
- b) genießt in Bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Vorrechte wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der im Gastland errichteten diplomatischen Missionen.

(2) Das IITC-Personal genießt darüber hinaus im Gastland die folgenden Vorrechte, Erleichterungen und Immunitäten. Es

- a) genießt Befreiung von allen Steuern auf die von IRENA gezahlten Bezüge;
- b) genießt für sich selbst und seine unmittelbaren Angehörigen Befreiung von jeder nationalen Dienstleistung;
- c) genießt für sich selbst und seine unmittelbaren Angehörigen Befreiung von allen Einwanderungsbeschränkungen und der Ausländermeldepflicht;
- d) genießt für sich selbst und seine unmittelbaren Angehörigen in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung wie Diplomaten;
- e) ist berechtigt, seine Möbel und seine persönliche Habe bei seinem ersten Amtsantritt im Gastland frei von Zöllen und Steuern mit Ausnahme der Zahlungen für Dienstleistungen zu den mit der Regierung vereinbarten Bedingungen einzuführen.

(3) Das Gastland ist nicht verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen oder Personen mit ständigem Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet die in Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstaben b bis e genannten Immunitäten und Vorrechte zu gewähren.

(4) In Ergänzung des Absatzes 1

- a) genießt der Generaldirektor die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die im Gastland Missionschefs nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen gewährt werden, und
- b) genießt der Direktor des IITC die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die im Gastland Mitgliedern des diplomatischen Personals einer Mission nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen gewährt werden.

(5) Die Vorrechte und Immunitäten werden dem IRENA-Personal im Interesse von IRENA und nicht zu seinem persönlichen Vorteil gewährt. Das Recht und die Pflicht, die Immunität im Einzelfall aufzuheben, wenn sie ohne Schädigung der Interessen von IRENA aufgehoben werden kann, liegen beim Generaldirektor. Im Fall der Immunität des Generaldirektors liegen sie bei der Versammlung.

2. The provisions of paragraph 1 above are not applicable to Delegates of the host country. The provisions of paragraph 1 sub-paragraphs a, e, f, g and h above are not applicable to the Delegates who are nationals of or permanently resident in the host country. The provisions of paragraph 1 sub-paragraphs c and d above shall only be applicable to them insofar as the said codes, papers, correspondence and documents pertain to their function as Delegates.

3. The privileges and immunities are accorded to the Delegates not for their personal benefit but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connection with IRENA.

Article 13

Privileges, immunities and facilities of IRENA staff

1. IRENA staff shall, regardless of nationality, enjoy the following privileges, facilities and immunities in the host country. They shall:

- (a) enjoy immunity from legal process of every kind in respect of words spoken or written and all acts performed by them in their official capacity. Such immunity shall continue to be accorded after termination of employment with IRENA and;
- (b) be accorded the same privileges in respect of exchange facilities as are accorded to the members of comparable rank of the diplomatic missions established in the host country.

2. The IITC staff shall in addition enjoy the following privileges, facilities and immunities in the host country. They shall:

- (a) enjoy exemption from taxation on the salaries and emoluments paid to them by IRENA;
- (b) enjoy immunity, together with their immediate dependents, from national service obligations;
- (c) enjoy immunity, together with their immediate dependents, from immigration restrictions and alien registration;
- (d) be given, together with their immediate dependents, the same repatriation facilities in time of international crisis as diplomatic agents;
- (e) have the right to import free of duties and taxes, except payments for services, their furniture and effects at the time of first taking up their post in the host country in accordance with the conditions agreed upon with the Government.

3. The host country shall not be required to grant its own nationals or permanent residents the immunities and privileges referred to in paragraph 1 sub-paragraph b above and paragraph 2 sub-paragraphs b to e above.

4. In addition to the provisions of paragraph 1 above,

- (a) the Director-General shall be accorded the privileges, immunities, exemptions and facilities as are accorded in the host country to heads of missions according to the Vienna Convention on Diplomatic Relations and
- (b) the Director of the IITC shall be accorded the privileges, immunities, exemptions and facilities as are accorded in the host country to members of the diplomatic staff of a mission according to the Vienna Convention on Diplomatic Relations.

5. The privileges and immunities are accorded to IRENA staff in the interests of IRENA and not for their personal benefit. The right and the duty to waive the immunity in any particular case, where it can be waived without prejudice to the interests of IRENA, shall lie with the Director-General. In case of the immunity of the Director-General, it shall lie with the Assembly.

Artikel 14**Berater und Sachverständige, die Aufträge durchführen**

(1) Berater und Sachverständige, die Aufträge durchführen, genießen während der Dauer ihrer Aufträge einschließlich der im Zusammenhang mit ihrem Auftrag stehenden Reisen die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten.

(2) Insbesondere genießen sie

- a) Immunität von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b) Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen bei der Durchführung ihres Auftrags vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen); diese Immunität bleibt auch dann bestehen, wenn die betreffenden Personen keine Aufträge mehr ausführen;
- c) Unverletzlichkeit aller Papiere, Korrespondenz und Dokumente;
- d) für ihren Nachrichtenverkehr mit IRENA das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- e) in Bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertreter ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichen Auftrag;
- f) in Bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Immunitäten und Erleichterungen wie Diplomaten.

(3) Die Vorrechte und Immunitäten werden den Beratern und Sachverständigen, die Aufträge durchführen, im Interesse von IRENA und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Beraters oder Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie ohne Schädigung der Interessen von IRENA aufgehoben werden kann, liegen beim Generaldirektor.

Artikel 15**Ortskräfte, die nach Stunden bezahlt werden**

(1) Ortskräfte von IRENA, die nach Stunden bezahlt werden, genießen Immunität von jeder Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen). Diese Immunität bleibt auch nach Beendigung der Beschäftigung bei IRENA bestehen. Sie genießen auch alle sonstigen Erleichterungen, die sie für die unabhängige Wahrnehmung ihrer Aufgaben für IRENA benötigen.

(2) Die Immunität von jeder Gerichtsbarkeit wird Ortskräften, die nach Stunden bezahlt werden, im Interesse von IRENA und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Das Recht und die Pflicht, die Immunität dieser Personen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie ohne Schädigung der Interessen von IRENA aufgehoben werden kann, liegen beim Generaldirektor.

Artikel 16**Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden**

(1) Alle Personen, die Vorrechte und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Gesetze und sonstigen Vorschriften des Gastlands zu beachten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Gastlands einzumischen.

(2) IRENA arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden zusammen, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung polizeilicher Vorschriften sicherzustellen und jeden Missbrauch im Zusammenhang mit den Erleichterungen, Vorrechten und Immunitäten zu verhindern, die dem in Artikel 13 genannten IRENA-Personal sowie den in den Artikeln 14 und 15 genannten Personen gewährt werden.

Article 14**Advisers and experts performing missions**

1. Advisers and experts performing missions shall enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions during the period of their missions, including the time spent on journeys in connection with their mission.

2. In particular they shall be accorded:

- (a) immunity from personal arrest or detention and from seizure of their personal baggage;
- (b) in respect of words spoken or written and acts performed by them in the course of the performance of their mission, immunity from legal process of every kind, which shall continue to be accorded even after the persons concerned are no longer employed on missions;
- (c) inviolability of all papers, correspondence and documents;
- (d) for the purpose of their communications with IRENA, the right to use codes and receive papers or correspondence by courier or in sealed bags;
- (e) the same facilities in respect of currency or exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign governments on temporary official missions;
- (f) the same immunities and facilities in respect of their personal baggage as are accorded to diplomatic agents.

3. The privileges and immunities are accorded to advisers and experts performing missions in the interests of IRENA and not for their personal benefit. The right and the duty to waive the immunity of any adviser or expert, in any case where it can be waived without prejudice to the interests of IRENA, shall lie with the Director-General.

Article 15**Personnel recruited locally and assigned to hourly rates**

1. Personnel recruited by IRENA locally and assigned to hourly rates shall enjoy immunity from legal process of every kind in respect of words spoken or written and acts performed by them in their official capacity. Such immunity shall continue to be accorded after termination of employment with IRENA. They shall also be accorded such other facilities as may be necessary for the independent exercise of their functions for IRENA.

2. The immunity from legal process of every kind shall be accorded to personnel recruited locally and assigned to hourly rates in the interests of IRENA and not for their personal benefit. The right and the duty to waive the immunity of any such individuals, in any case where it can be waived without prejudice to the interests of IRENA, shall lie with the Director-General.

Article 16**Co-operation with the competent authorities**

1. Without prejudice to their privileges and immunities, it is the duty of all persons enjoying such privileges and immunities to respect the laws and regulations of the host country. They also have a duty not to interfere in the internal affairs of the host country.

2. IRENA shall co-operate at all times with the competent authorities to facilitate the proper administration of justice, secure the observance of police regulations and avoid the occurrence of any abuse in connection with the facilities, privileges and immunities accorded to IRENA staff referred to in Article 13, and the persons referred to in Articles 14 and 15.

(3) Ist die Regierung der Auffassung, dass ein Missbrauch der durch dieses Abkommen gewährten Vorrechte oder Immunitäten vorliegt, so werden zwischen den zuständigen Behörden und dem Generaldirektor oder gegebenenfalls der von ihm benannten Person Konsultationen abgehalten, um festzustellen, ob ein solcher Missbrauch vorliegt, und um gegebenenfalls zu versuchen, sicherzustellen, dass keine Wiederholung stattfindet. Wird in diesen Konsultationen kein für die Regierung und für IRENA zufriedenstellendes Ergebnis erzielt, so wird die Frage, ob ein solcher Missbrauch vorliegt, umgehend nach dem in Artikel 23 dargelegten Verfahren geklärt.

Artikel 17

Notifikation

Der Generaldirektor oder gegebenenfalls die von ihm benannte Person notifiziert der Regierung die Namen und die Gruppen von Personen, auf die in diesem Abkommen Bezug genommen wird, sowie jede Änderung ihres Status.

Artikel 18

Einreise in das Gastland und Ausreise aus dem Gastland sowie Freizügigkeit und Aufenthalt im Gastland

Alle Personen, auf die in diesem Abkommen Bezug genommen wird und die vom Generaldirektor oder gegebenenfalls von der von ihm benannten Person nach Artikel 17 notifiziert worden sind, sowie die von ihnen im Rahmen der amtlichen Tätigkeit eingeladenen Personen, einschließlich Vertretern von nichtstaatlichen Organisationen und der Presse, haben im Rahmen des Europarechts das Recht auf unbehinderte Einreise in das Gastland, Ausreise aus dem Gastland sowie Freizügigkeit und freien Aufenthalt im Gastland. Ihnen werden Erleichterungen für zügiges Reisen gewährt. Etwa erforderliche Visa, Einreiseerlaubnisse und -genehmigungen werden kostenlos und so rasch wie möglich erteilt. Eine in amtlicher Eigenschaft für IRENA ausgeführte Tätigkeit einer oben genannten Person darf nicht als Grund dafür dienen, ihr die Einreise in das Hoheitsgebiet oder die Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des Gastlands zu verwehren oder sie zum Verlassen dieses Hoheitsgebiets zu zwingen.

Artikel 19

Ausweise

(1) Auf Ersuchen des Generaldirektors oder gegebenenfalls der von ihm benannten Person stellt die Regierung dem IITC-Personal, seinen unmittelbaren Angehörigen sowie Beratern und Sachverständigen von IRENA, die Aufträge im Gastland durchführen, Ausweise aus, die ihren jeweiligen Status im Rahmen dieses Abkommens bescheinigen.

(2) Bei Aufforderung durch einen hierzu befugten Beamten der Regierung müssen die in Absatz 1 genannten Personen ihre Ausweise vorzeigen, aber nicht abgeben.

Artikel 20

Flagge, Emblem und Kennzeichen

IRENA ist berechtigt, ihre Flagge, ihr Emblem und ihre Kennzeichen auf dem IITC-Gelände sowie an Dienstfahrzeugen anzubringen.

Artikel 21

Soziale Sicherheit

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, dass in dem Fall, dass IRENA ein eigenes System der sozialen Sicherheit begründet oder dem einer anderen internationalen Organisation beiträgt, IRENA und ihr Personal ungeachtet seiner Staatsangehörigkeit

3. If the Government considers that there has been an abuse of the privileges or immunities conferred by this Agreement, consultations will be held between the competent authorities and the Director-General or his or her designee, as applicable, to determine whether any such abuse has occurred and, if so, to attempt to ensure that no repetition occurs. If such consultations fail to achieve a result satisfactory to the Government or to IRENA, the question as to whether such an abuse has occurred, shall be promptly settled by the procedure set out in Article 23.

Article 17

Notification

The Director-General or his or her designee, as applicable, shall notify the Government of the names and categories of persons referred to in this Agreement and of any change in their status.

Article 18

Entry into, exit from, movement and sojourn in the host country

All persons referred to in this Agreement as notified according to Article 17, and persons invited on official business, by the Director-General or his or her designee, as applicable, including representatives of non-governmental organisations and the press, shall, within the limits of European law, have the right of unimpeded entry into, exit from, free movement and sojourn within the host country. They shall be granted facilities for speedy travel. Visas, entry permits or licenses, where required, shall be granted free of charge and as promptly as possible. No activity performed by persons referred to above in their official capacity with respect to IRENA shall constitute a reason for preventing their entry into or departure from the territory of the host country or for requiring them to leave such territory.

Article 19

Identification cards

1. At the request of the Director-General or his or her designee, as applicable, the Government shall issue identification cards to IITC staff, their immediate dependents and to advisers and experts of IRENA performing missions in the host country certifying their respective status under this Agreement.

2. Upon demand of an authorised official of the Government, persons referred to in paragraph 1 above shall be required to present, but not to surrender, their identification cards.

Article 20

Flag, emblem and markings

IRENA shall be entitled to display its flag, emblem and markings in the IITC district and on vehicles used for official purposes.

Article 21

Social security

1. The Parties agree that IRENA and its staff, irrespective of nationality, shall be exempt from the laws of the host country on mandatory coverage by and compulsory contributions to the social security schemes of the host country during their employ-

während seiner Beschäftigung bei IRENA von den Gesetzen des Gastlands über Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträge in Bezug auf die Systeme der sozialen Sicherheit des Gastlands befreit sind. In beiden Fällen müssen die Leistungen der sozialen Sicherheit, die bereitgestellt werden sollen, vom Gastland nach Konsultation mit IRENA als ausreichend erachtet werden.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß auch für unmittelbare Angehörige der in Absatz 1 genannten Personen, sofern sie nicht im Gastland eine unselbstständige oder selbstständige Tätigkeit ausüben oder Leistungen der deutschen sozialen Sicherheit beziehen.

Artikel 22

Zugang zum Arbeitsmarkt für Familienmitglieder

Die unmittelbaren Angehörigen des IITC-Personals sowie die zum Haushalt gehörenden Kinder, die jünger als 21 Jahre oder unterhaltsberechtig sind, erhalten uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt des Gastlands.

Artikel 23

Beilegung von Streitigkeiten

(1) IRENA sorgt für geeignete Verfahren zur Beilegung

- a) von Streitigkeiten aus privatrechtlichen Verträgen und von anderen privatrechtlichen Streitigkeiten, welche die Tätigkeit des IITC betreffen und bei denen IRENA Streitpartei ist;
- b) von Streitigkeiten, an denen ein Mitglied des IITC-Personals beteiligt ist, das aufgrund seiner amtlichen Stellung Immunität genießt, sofern diese nicht aufgehoben worden ist.

(2) Alle Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht gütlich beigelegt werden können, werden auf Ersuchen einer Streitpartei einem Schiedsgericht vorgelegt, das aus drei Mitgliedern besteht. Das Schiedsverfahren findet an einem zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Ort statt.

- a) Jede Vertragspartei bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden so bestellten Schiedsrichter bestellen gemeinsam einen dritten Schiedsrichter als ihren Obmann. Wenn eine der Vertragsparteien ihren Schiedsrichter nicht bestellt und auch innerhalb von dreißig Tagen nach einer Aufforderung seitens der anderen Vertragspartei, eine Bestellung vorzunehmen, keine Anstalten dazu gemacht hat, kann die andere Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderliche Ernennung vorzunehmen. Können sich die beiden Schiedsrichter innerhalb von dreißig Tagen nach ihrer Bestellung über die Auswahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen, so kann jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderliche Ernennung vorzunehmen.
- b) Die Vertragsparteien arbeiten eine besondere Vereinbarung aus, die den Gegenstand der Streitigkeit festlegt. Wird innerhalb von dreißig Tagen nach dem Ersuchen um ein Schiedsverfahren eine solche Vereinbarung nicht geschlossen, so kann die Streitigkeit auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien dem Schiedsgericht unterbreitet werden. Sofern die Vertragsparteien nichts anderes beschließen, bestimmt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.
- c) Die Kosten des Schiedsverfahrens werden von den Vertragsparteien entsprechend der Festsetzung durch die Schiedsrichter getragen.
- d) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf der Grundlage der anwendbaren Regeln des Völkerrechts. Liegen solche Regeln nicht vor, so entscheidet es *ex aequo et bono*. Die Entscheidung ist endgültig und für die Streitparteien bindend, auch wenn sie in Abwesenheit einer der Streitparteien gefällt wurde.

ment with IRENA in the event that IRENA establishes its own social security system, or adheres to that of another international organisation. In either case, the social benefits which are to be provided must be deemed to be adequate by the host country, after consultation with IRENA.

2. The provisions of paragraph 1 above shall apply *mutatis mutandis* to immediate dependents of persons referred to in paragraph 1 above, unless they are employed or self-employed in the host country or receive German social security benefits.

Article 22

Access to the labour market for family members

Immediate dependents of IITC staff and children who are forming part of the household and are under 21 years of age or economically dependent will be granted full access to the labour market of the host country.

Article 23

Settlement of disputes

1. IRENA shall make provisions for appropriate modes of settlement of:

- (a) disputes arising out of contracts and other disputes of a private law character which concern the operation of the IITC and to which IRENA is a party;
- (b) disputes involving a member of the IITC staff who, by reason of his or her official position, enjoys immunity, if such immunity has not been waived.

2. Any dispute between the Parties concerning the interpretation or application of this Agreement which cannot be settled amicably shall be submitted, at the request of either Party to the dispute, to an arbitral tribunal, composed of three members. The arbitration shall be held in a place mutually agreed upon between the Parties.

- (a) Each Party shall appoint one arbitrator and the two arbitrators thus appointed shall together appoint a third arbitrator as their chairman. If one of the Parties fails to appoint its arbitrator and has not proceeded to do so within thirty days after an invitation from the other Party to make such an appointment, the other Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointment. If the two arbitrators are unable to reach agreement on the choice of the third arbitrator in the thirty days following their appointment, either Party may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointment.
- (b) The Parties shall draw up a special agreement determining the subject of the dispute. Failing the conclusion of such an agreement within a period of thirty days from the date on which arbitration was requested, the dispute may be brought before the arbitral tribunal upon application of either Party. Unless the Parties decide otherwise, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.
- (c) The expenses of the arbitration shall be borne by the Parties as assessed by the arbitrators.
- (d) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes on the basis of the applicable rules of international law. In the absence of such rules, it shall decide *ex aequo et bono*. The decision shall be final and binding on the Parties to the dispute, even if rendered in default of one of the Parties to the dispute.

Artikel 24**Schlussbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen tritt sechs Monate nach dem Tag außer Kraft, an dem eine der Vertragsparteien der anderen schriftlich ihren Beschluss anzeigt, das Abkommen zu beenden, jedoch mit der Maßgabe, dass das Abkommen für einen weiteren Zeitraum in Kraft bleibt, der gegebenenfalls für die ordnungsgemäße Abwicklung der Tätigkeit von IRENA im Gastland und die Veräußerung ihres dortigen Vermögens sowie für die Beilegung etwaiger Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien benötigt wird.

(2) Dieses Abkommen kann jederzeit auf Ersuchen einer Vertragspartei in gegenseitigem Einvernehmen geändert werden.

(3) Dieses Abkommen wird im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht gegebenenfalls vom Tag seiner Unterzeichnung an bis zur Erfüllung der in Absatz 4 genannten förmlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten vorläufig angewendet.

(4) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, der auf den Eingang der letzten der Notifikationen folgt, durch welche die Vertragsparteien einander die Erfüllung ihrer jeweiligen förmlichen internen Verfahren für das Inkrafttreten des Abkommens mitgeteilt haben. Die steuerlichen Vorrechte und Befreiungen nach Artikel 13 gelten rückwirkend vom 1. Januar 2011.

(5) Wenn das gesonderte Übereinkommen über Vorrechte und Immunitäten nach Artikel XIII der Satzung nicht innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens in Kraft getreten ist, werden Artikel 9 und Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a bis zu dem Zeitpunkt ausgesetzt, zu dem das gesonderte Übereinkommen nach Artikel XIII der Satzung in Kraft tritt.

(6) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von IRENA veranlasst. Das Gastland wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Abu Dhabi am 5. April 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 24**Final provisions**

1. This Agreement shall cease to be in force six months after either of the Parties gives notice in writing to the other of its decision to terminate the Agreement, provided, however, that this Agreement shall remain in force for such an additional period as might be necessary for the orderly cessation of IRENA's activities in the host country and the disposition of its property therein, and the resolution of any disputes between the Parties.

2. This Agreement may be amended by mutual consent at any time at the request of either Party.

3. The provisions of this Agreement shall, in accordance with domestic law, be applied provisionally as from the date of signature, as appropriate, pending the fulfilment of the formal requirements for its entry into force referred to in paragraph 4 below.

4. This Agreement shall enter into force on the day following the date of receipt of the last of the notifications by which the Parties will have informed each other of the completion of their respective formal internal procedures for the entry into force of this Agreement. Fiscal privileges and exemptions according to Article 13 shall become effective retroactively as of 1 January 2011.

5. If the separate agreement on privileges and immunities according to Article XIII of the Statute has not entered into force within five years of the date of the entry into force of this Agreement, the provisions of Article 9 and Article 13 paragraph 2 sub-paragraph a shall be suspended until the date on which the separate agreement according to Article XIII of the Statute comes into force.

6. Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, shall be initiated by IRENA immediately following its entry into force. The host country shall be informed of registration, and of the UN registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat of the United Nations.

Done at Abu Dhabi on 5 April 2011 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Klaus-Peter Brandes
Jürgen Becker

Für die Internationale Organisation für erneuerbare Energien
For the International Renewable Energy Agency

Adnan Z. Amin

**Bekanntmachung
von Änderungen
der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen**

Vom 5. September 2011

Die Versammlung des Verbands für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband) hat am 29. September 2010 Änderungen der Ausführungsordnung zum Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nummer 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1976 über internationale Patentübereinkommen (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekannt gemacht.

Die Änderungen sind

am 1. Juli 2011

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Februar 2011 (BGBl. II S. 235).

Berlin, den 5. September 2011

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Dr. Weis

**Änderungen der Ausführungsordnung
zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit
auf dem Gebiet des Patentwesens
(PCT)**

angenommen am 29. September 2010 von der Versammlung des Verbands
für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband)
auf ihrer einundvierzigsten (24. außerordentlichen) Tagung
vom 20. bis 29. September 2010,
mit Wirkung vom 1. Juli 2011

**Amendments to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty
(PCT)**

Adopted on September 29, 2010, by the Assembly
of the International Patent Cooperation Union (PCT Union)
at its forty-first (24th extraordinary) session held from September 20 to 29, 2010,
with effect from July 1, 2011

**Modifications du Règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets
(PCT)**

adoptées le 29 septembre 2010 par l'Assemblée de l'Union internationale
de coopération en matière de brevets (Union du PCT)
à sa quarante et unième session (24^e session extraordinaire) tenue du 20 au 29 septembre 2010,
avec effet à partir du 1^{er} juillet 2011

(Übersetzung)

Table of Amendments¹⁾

Table des modifications¹⁾

Liste der Änderungen¹⁾

Rule 12.2
Rule 48.2
Rule 49.5
Rule 53.9
Rule 55.3
Rule 62.1
Rule 62.2
Rule 66.9
Rule 70.2
Rule 70.16
Rule 92.2

Règle 12.2
Règle 48.2
Règle 49.5
Règle 53.9
Règle 55.3
Règle 62.1
Règle 62.2
Règle 66.9
Règle 70.2
Règle 70.16
Règle 92.2

Regel 12.2
Regel 48.2
Regel 49.5
Regel 53.9
Regel 55.3
Regel 62.1
Regel 62.2
Regel 66.9
Regel 70.2
Regel 70.16
Regel 92.2

¹⁾ The amendments of Rules 12.2, 48.2, 53.9, 55.3, 62.1, 62.2, 66.9, 70.2 and 92.2 shall apply to international applications whose international filing date is on or after July 1, 2011.

The amendments of Rule 49.5 shall apply to international applications in respect of which the applicant has performed the acts referred to in Article 22 or Article 39 on or after July 1, 2011, and in respect of which an amendment under Article 19 or Article 34 was filed on or after July 1, 2009.

The amendments of Rule 70.16 shall apply to any international preliminary examination report which is completed in accordance with Rule 70.4 on or after July 1, 2011, irrespective of the international filing date of the international application concerned.

¹⁾ Les modifications des règles 12.2, 48.2, 53.9, 55.3, 62.1, 62.2, 66.9, 70.2 et 92.2 s'appliquent aux demandes internationales dont la date de dépôt international est le 1^{er} juillet 2011 ou une date ultérieure.

Les modifications de la règle 49.5 s'appliquent aux demandes internationales pour lesquelles le déposant a accompli les actes visés à l'article 22 ou à l'article 39 à la date du 1^{er} juillet 2011 ou à une date ultérieure et qui font l'objet d'une modification en vertu de l'article 19 ou de l'article 34 déposée le 1^{er} juillet 2009 ou à une date ultérieure.

Les modifications de la règle 70.16 s'appliquent à tout rapport d'examen préliminaire international qui est achevé conformément à la règle 70.4 le 1^{er} juillet 2011 ou à une date ultérieure, indépendamment de la date du dépôt international de la demande internationale concernée.

¹⁾ Die Änderungen der Regeln 12.2, 48.2, 53.9, 55.3, 62.1, 62.2, 66.9, 70.2 und 92.2 finden Anwendung auf internationale Anmeldungen, deren internationales Anmeldedatum der 1. Juli 2011 oder ein späteres Datum ist.

Die Änderungen der Regel 49.5 finden Anwendung auf internationale Anmeldungen, für welche der Anmelder die in Artikel 22 oder Artikel 39 genannten Handlungen am 1. Juli 2011 oder später vornimmt und zu denen am 1. Juli 2009 oder später eine Änderung nach Artikel 19 oder Artikel 34 eingereicht wurde.

Die Änderungen der Regel 70.16 finden unabhängig vom internationalen Anmeldedatum der betreffenden internationalen Anmeldung Anwendung auf alle nach Regel 70.4 am 1. Juli 2011 oder später fertiggestellten internationalen vorläufigen Prüfungsberichte.

Amendments²⁾	Modifications²⁾	Änderungen²⁾
Rule 12 Language of the International Application and Translations for the Purposes of International Search and International Publication 12.1 to 12.1 ^{ter} [No change] 12.2 Language of Changes in the International Application (a) Any amendment of the international application shall, subject to Rules 46.3 and 55.3, be in the language in which the application is filed. (b) and (c) [No change] 12.3 and 12.4 [No change]	Règle 12 Langue de la demande internationale et traductions aux fins de la recherche internationale et de la publication internationale 12.1 à 12.1 ^{ter} [Sans changement] 12.2 Langue des changements apportés à la demande internationale a) Toute modification de la demande internationale doit être rédigée dans la langue dans laquelle cette demande est déposée, sous réserve des règles 46.3 et 55.3. b) et c) [Sans changement] 12.3 et 12.4 [Sans changement]	Regel 12 Sprache der internationalen Anmeldung und Übersetzungen für die Zwecke der internationalen Recherche und der internationalen Veröffentlichung 12.1 bis 12.1 ^{ter} [Unverändert] 12.2 Sprache von Änderungen in der internationalen Anmeldung a) Jede Änderung in der internationalen Anmeldung ist vorbehaltlich der Regeln 46.3 und 55.3 in der Sprache abzufassen, in der die Anmeldung eingereicht worden ist. b) und c) [Unverändert] 12.3 und 12.4 [Unverändert]
Rule 48 International Publication 48.1 [No change] 48.2 Contents (a) to (h) [No change] (i) If the authorization by the receiving Office, the International Searching Authority or the International Bureau of a rectification of an obvious mistake in the international application under Rule 91.1 is received by or, where applicable, given by the International Bureau after completion of the technical preparations for international publication, a statement reflecting all the rectifications shall be published, together with the sheets containing the rectifications, or the replacement sheets and the letter furnished under Rule 91.2, as the case may be, and the front page shall be republished. (j) and (k) [No change] 48.3 to 48.6 [No change]	Règle 48 Publication internationale 48.1 [Sans changement] 48.2 Contenu a) à h) [Sans changement] i) Si l'autorisation donnée par l'office récepteur, l'administration chargée de la recherche internationale ou le Bureau international de rectifier une erreur évidente dans la demande internationale en vertu de la règle 91.1 est reçue ou, le cas échéant, donnée par le Bureau international après l'achèvement de la préparation technique de la publication internationale, une déclaration indiquant toutes les rectifications est publiée avec les feuilles contenant les rectifications, ou les feuilles de remplacement et la lettre fournie en vertu de la règle 91.2, selon le cas, et la page de couverture fait l'objet d'une nouvelle publication. j) et k) [Sans changement] 48.3 à 48.6 [Sans changement]	Regel 48 Internationale Veröffentlichung 48.1 [Unverändert] 48.2 Inhalt a) bis h) [Unverändert] i) Ist die Zustimmung des Anmeldeamts, der Internationalen Recherchenbehörde oder des Internationalen Büros zur Berichtigung eines offensichtlichen Fehlers in der internationalen Anmeldung nach Regel 91.1 beim Internationalen Büro nach Abschluss der technischen Vorbereitungen für die internationale Veröffentlichung eingegangen oder wurde gegebenenfalls die Zustimmung vom Internationalen Büro nach Abschluss der technischen Vorbereitungen für die internationale Veröffentlichung erteilt, so wird eine Erklärung hinsichtlich aller Berichtigungen zusammen mit den die Berichtigungen enthaltenden Blättern bzw. den Ersatzblättern und dem nach Regel 91.2 eingereichten Schreiben veröffentlicht, und die Titelseite wird neu veröffentlicht. j) und k) [Unverändert] 48.3 bis 48.6 [Unverändert]
Rule 49 Copy, Translation and Fee under Article 22 49.1 to 49.4 [No change] 49.5 Contents of and Physical Requirements for the Translation (a) For the purposes of Article 22, the translation of the international application shall contain the description (subject to paragraph (a-bis)), the claims, any text matter of the drawings and the abstract. If required by the designated Office, the translation shall also, subject to paragraphs (b), (c-bis) and (e),	Règle 49 Copie, traduction et taxe selon l'article 22 49.1 à 49.4 [Sans changement] 49.5 Contenu et conditions matérielles de la traduction a) Aux fins de l'article 22, la traduction de la demande internationale porte sur la description (sous réserve de l'alinéa a-bis)), les revendications, le texte éventuel des dessins et l'abrégé. En outre, si l'office désigné l'exige, la traduction, sous réserve des alinéas b), c-bis) et e),	Regel 49 Übermittlung eines Exemplars und einer Übersetzung der Anmeldung sowie Gebührenzahlung nach Artikel 22 49.1 bis 49.4 [Unverändert] 49.5 Inhalt und äußere Form der Übersetzung a) Für die Zwecke des Artikels 22 hat die Übersetzung der internationalen Anmeldung die Beschreibung (vorbehaltlich des Absatzes a-bis), die Patentansprüche, gegebenenfalls Textbestandteile der Zeichnungen und die Zusammenfassung zu umfassen. Auf Verlangen des Bestimmungsamts muss die Übersetzung vorbehaltlich der Absätze b, c-bis und e ferner

²⁾ The following reproduces, for each Rule that was amended, the amended text. Where a paragraph or item of any such Rule has not been amended, the indication "[No change]" or "[Remains deleted]" appears.

²⁾ On trouvera reproduit ci-après, pour chaque règle qui a été modifiée, le texte modifié. L'absence de modification d'un alinéa ou d'un point d'une telle règle est indiquée par la mention «[Sans changement]» ou «[Reste supprimé]».

²⁾ Nachstehend werden alle Regeln, an denen Änderungen vorgenommen wurden, im geänderten Wortlaut wiedergegeben. Bei Absätzen oder Ziffern einer solchen Regel, die unverändert geblieben sind, erscheint der Hinweis „[Unverändert]“ oder „[Bleibt gestrichen]“.

- | | | |
|---|---|--|
| (i) [no change]
(ii) if the claims have been amended under Article 19, contain both the claims as filed and the claims as amended (the claims as amended shall be furnished in the form of a translation of the complete set of claims furnished under Rule 46.5(a) in replacement of all the claims originally filed), and

(iii) [no change]
(a-bis) to (l) [No change]
49.6 [No change] | i) [sans changement]
ii) porte, si les revendications ont été modifiées selon l'article 19, sur les revendications telles que déposées et sur les revendications telles que modifiées (les revendications telles que modifiées doivent être fournies sous la forme d'une traduction de la série complète des revendications soumise en vertu de la règle 46.5.a) afin de remplacer toutes les revendications initialement déposées), et

iii) [sans changement]
a-bis) à l) [Sans changement]
49.6 [Sans changement] | i) [Unverändert]
ii) falls die Ansprüche nach Artikel 19 geändert worden sind, die Ansprüche in der ursprünglich eingereichten und der geänderten Fassung (die geänderten Ansprüche sind in Form einer Übersetzung des vollständigen, nach Regel 46.5 Absatz a eingereichten Satzes von Ansprüchen einzureichen, die alle ursprünglich eingereichten Ansprüche ersetzen) und

iii) [Unverändert]
a-bis) bis l) [Unverändert]
49.6 [Unverändert] |
|---|---|--|

Rule 53
The Demand

- 53.1 to 53.8 [No change]
 53.9 Statement Concerning Amendments
- (a) If amendments under Article 19 have been made, the statement concerning amendments shall indicate whether, for the purposes of the international preliminary examination, the applicant wishes those amendments:
- (i) to be taken into account, in which case a copy of the amendments and of the letter required under Rule 46.5(b) shall preferably be submitted with the demand; or
- (ii) [no change]
 (b) and (c) [No change]

Rule 55
Languages
(International Preliminary Examination)

- 55.1 and 55.2 [No change]
 55.3 Language and Translation of Amendments and Letters
- (a) Subject to paragraph (b), if the international application has been filed in a language other than the language in which it is published, any amendment under Article 34, as well as any letter referred to in Rule 66.8(a), Rule 66.8(b) and Rule 46.5(b) as applicable by virtue of Rule 66.8(c), shall be submitted in the language of publication.
- (b) Where a translation of the international application is required under Rule 55.2:
- (i) any amendment and any letter referred to in paragraph (a); and
- (ii) any amendment under Article 19 which is to be taken into account under Rule 66.1(c) or (d) and any letter referred to in Rule 46.5(b);
- shall be in the language of that translation. Where such amendments or letters have been or are submitted in another language,

Règle 53
Demande d'examen
préliminaire international

- 53.1 à 53.8 [Sans changement]
 53.9 Déclaration concernant les modifications
- a) Lorsque des modifications ont été effectuées en vertu de l'article 19, la déclaration concernant les modifications doit indiquer si, aux fins de l'examen préliminaire international, le déposant souhaite que ces modifications:
- i) soient prises en considération, auquel cas une copie des modifications et de la lettre requise en vertu de la règle 46.5.b) doit de préférence être présentée avec la demande d'examen préliminaire international; ou
- ii) [sans changement]
 b) et c) [Sans changement]

Règle 55
Langues
(examen préliminaire international)

- 55.1 et 55.2 [Sans changement]
 55.3 Langue et traduction des modifications et des lettres
- a) Sous réserve de l'alinéa b), si la demande internationale a été déposée dans une langue autre que la langue dans laquelle elle est publiée, toute modification effectuée en vertu de l'article 34, ainsi que toute lettre visée à la règle 66.8.a), à la règle 66.8.b) et à la règle 46.5.b) applicable en vertu de la règle 66.8.c), doit être soumise dans la langue de publication.
- b) Lorsqu'une traduction de la demande internationale est exigée en vertu de la règle 55.2,
- i) toute modification et toute lettre visée à l'alinéa a), et
- ii) toute modification effectuée en vertu de l'article 19 qui doit être prise en considération en vertu de la règle 66.1.c) ou d) et toute lettre visée à la règle 46.5.b)
- doit être établie dans la langue de cette traduction. Lorsqu'une telle modification ou lettre a été ou est soumise dans une autre

Regel 53
Der Antrag

- 53.1 bis 53.8 [Unverändert]
 53.9 Erklärung betreffend Änderungen
- a) Sind Änderungen nach Artikel 19 vorgenommen worden, so hat der Anmelder in der Erklärung betreffend Änderungen anzugeben, ob diese Änderungen für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung
- i) berücksichtigt werden sollen, in diesem Fall ist eine Kopie der Änderungen und des nach Regel 46.5 Absatz b erforderlichen Begleitschreibens vorzugsweise zusammen mit dem Antrag einzureichen, oder
- ii) [Unverändert]
 b) und c) [Unverändert]

Regel 55
Sprachen
(internationale vorläufige Prüfung)

- 55.1 und 55.2 [Unverändert]
 55.3 Sprache sowie Übersetzung von Änderungen und Schreiben
- a) Ist die internationale Anmeldung in einer anderen Sprache als der Veröffentlichungssprache eingereicht worden, so sind vorbehaltlich des Absatzes b Änderungen nach Artikel 34 sowie Begleitschreiben nach Regel 66.8 Absatz a, Regel 66.8 Absatz b und der gemäß Regel 66.8 Absatz c geltenden Regel 46.5 Absatz b in der Veröffentlichungssprache einzureichen.
- b) Ist eine Übersetzung der internationalen Anmeldung nach Regel 55.2 erforderlich, so sind
- i) Änderungen und Begleitschreiben nach Absatz a sowie
- ii) Änderungen nach Artikel 19, die nach Regel 66.1 Absatz c oder d berücksichtigt werden sollen, und Begleitschreiben nach Regel 46.5 Absatz b
- in der Sprache dieser Übersetzung abzufassen. Wurden oder werden diese Änderungen oder Begleitschreiben in einer

a translation shall also be submitted.

(c) If an amendment or letter is not submitted in a language as required under paragraph (a) or (b), the International Preliminary Examining Authority shall invite the applicant to submit the amendment or letter in the required language within a time limit which shall be reasonable under the circumstances. That time limit shall not be less than one month from the date of the invitation. It may be extended by the International Preliminary Examining Authority at any time before a decision is taken.

(d) If the applicant fails to comply, within the time limit under paragraph (c), with the invitation to furnish an amendment in the required language, the amendment shall not be taken into account for the purposes of the international preliminary examination. If the applicant fails to comply, within the time limit under paragraph (c), with the invitation to furnish a letter referred to in paragraph (a) in the required language, the amendment concerned need not be taken into account for the purposes of the international preliminary examination.

langue, une traduction doit aussi être soumise.

c) Si une modification ou une lettre n'est pas soumise dans une langue conforme aux prescriptions de l'alinéa a) ou b), l'administration chargée de l'examen préliminaire international invite le déposant à soumettre la modification ou la lettre dans la langue exigée dans un délai qui doit être raisonnable en l'espèce. Ce délai est d'au moins un mois à compter de la date de l'invitation. Il peut être prorogé par l'administration chargée de l'examen préliminaire international à tout moment avant qu'une décision ait été prise.

d) Si le déposant ne donne pas suite, dans le délai visé à l'alinéa c), à l'invitation à présenter une modification dans la langue exigée, la modification n'est pas prise en considération aux fins de l'examen préliminaire international. Si le déposant ne donne pas suite, dans le délai visé à l'alinéa c), à l'invitation à présenter une lettre visée à l'alinéa a) dans la langue exigée, il n'est pas nécessaire que la modification en question soit prise en considération aux fins de l'examen préliminaire international.

anderen Sprache eingereicht, so ist auch eine Übersetzung einzureichen.

c) Wird eine Änderung oder ein Begleitschreiben nicht in der in Absatz a oder b vorgeschriebenen Sprache eingereicht, so fordert die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde den Anmelder auf, die Änderung bzw. das Begleitschreiben innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist in der erforderlichen Sprache einzureichen. Diese Frist darf nicht kürzer sein als ein Monat seit dem Datum der Aufforderung. Sie kann von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde jederzeit verlängert werden, solange noch keine Entscheidung getroffen worden ist.

d) Kommt der Anmelder der Aufforderung zur Einreichung einer Änderung in der erforderlichen Sprache nicht innerhalb der Frist nach Absatz c nach, so wird die Änderung für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung nicht berücksichtigt. Kommt der Anmelder der Aufforderung zur Einreichung eines in Absatz a genannten Begleitschreibens in der erforderlichen Sprache nicht innerhalb der Frist nach Absatz c nach, so braucht die betreffende Änderung für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung nicht berücksichtigt zu werden.

Rule 62

Copy of the Written Opinion by the International Searching Authority and of Amendments under Article 19 for the International Preliminary Examining Authority

62.1 Copy of Written Opinion by International Searching Authority and of Amendments Made before the Demand Is Filed

Upon receipt of a demand, or a copy thereof, from the International Preliminary Examining Authority, the International Bureau shall promptly transmit to that Authority:

- (i) a copy of the written opinion established under Rule 43^{bis}.1, unless the national Office or intergovernmental organization that acted as International Searching Authority is also acting as International Preliminary Examining Authority; and
- (ii) a copy of any amendment under Article 19, any statement referred to in that Article, and the letter required under Rule 46.5(b), unless that Authority has indicated that it has already received such a copy.

62.2 Amendments Made after the Demand Is Filed

Règle 62

Copie de l'opinion écrite de l'administration chargée de la recherche internationale et des modifications effectuées en vertu de l'article 19, destinée à l'administration chargée de l'examen préliminaire international

62.1 Copie de l'opinion écrite de l'administration chargée de la recherche internationale et des modifications effectuées avant la présentation de la demande d'examen préliminaire international

À bref délai après avoir reçu une demande d'examen préliminaire international, ou la copie de celle-ci, de l'administration chargée de cet examen, le Bureau international transmet à cette administration

- i) une copie de l'opinion écrite établie en vertu de la règle 43^{bis}.1, sauf si l'office national ou l'organisation intergouvernementale qui a agi en tant qu'administration chargée de la recherche internationale agit également en tant qu'administration chargée de l'examen préliminaire international, et
- ii) une copie de toute modification effectuée en vertu de l'article 19, le cas échéant, une copie de la déclaration visée dans cet article et une copie de la lettre requise en vertu de la règle 46.5.b), à moins que l'administration n'ait indiqué qu'elle avait déjà reçu une telle copie.

62.2 Modifications effectuées après la présentation de la demande d'examen préliminaire international

Regel 62

Kopie des schriftlichen Bescheids der Internationalen Recherchenbehörde und der Änderungen nach Artikel 19 für die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde

62.1 Kopie des schriftlichen Bescheids der Internationalen Recherchenbehörde und der vor Antragstellung eingereichten Änderungen

Nachdem das Internationale Büro von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde einen Antrag oder eine Kopie davon erhalten hat, leitet es an diese Behörde unverzüglich Folgendes weiter:

- i) eine Kopie des schriftlichen Bescheids nach Regel 43^{bis}.1, sofern nicht das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation, das bzw. die als Internationale Recherchenbehörde tätig war, auch als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde handelt;
- ii) eine Kopie der Änderungen nach Artikel 19, jeder in diesem Artikel genannten Erklärung und des nach Regel 46.5 Absatz b erforderlichen Begleitschreibens, sofern die Behörde nicht mitgeteilt hat, dass sie bereits eine Kopie erhalten hat.

62.2 Nach Antragstellung eingereichte Änderungen

If, at the time of filing any amendments under Article 19, a demand has already been submitted, the applicant shall preferably, at the same time as he files the amendments with the International Bureau, also file with the International Preliminary Examining Authority a copy of such amendments, any statement referred to in that Article and the letter required under Rule 46.5(b). In any case, the International Bureau shall promptly transmit a copy of such amendments, statement and letter to that Authority.

Si, au moment du dépôt de modifications effectuées en vertu de l'article 19, une demande d'examen préliminaire international a déjà été présentée, le déposant doit de préférence, lors du dépôt des modifications auprès du Bureau international, déposer également auprès de l'administration chargée de l'examen préliminaire international une copie de ces modifications, le cas échéant, une copie de la déclaration visée dans cet article et une copie de la lettre requise en vertu de la règle 46.5.b). En tout état de cause, le Bureau international transmet à bref délai à cette administration une copie des modifications, de la déclaration et de la lettre en question.

Ist zum Zeitpunkt der Einreichung von Änderungen nach Artikel 19 bereits ein Antrag gestellt worden, so soll der Anmelder gleichzeitig mit der Einreichung von Änderungen beim Internationalen Büro möglichst auch eine Kopie der Änderungen, jeder Erklärung nach Artikel 19 und des nach Regel 46.5 Absatz b erforderlichen Begleitschreibens bei der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde einreichen. Das Internationale Büro leitet in jedem Fall unverzüglich eine Kopie der Änderungen, der Erklärung und des Begleitschreibens an diese Behörde weiter.

Rule 66

Procedure before the International Preliminary Examining Authority

66.1 to 66.8 [No change]

66.9 [Deleted]

Règle 66

Procédure au sein de l'administration chargée de l'examen préliminaire international

66.1 à 66.8 [Sans changement]

66.9 [Supprimée]

Regel 66

Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde

66.1 bis 66.8 [Unverändert]

66.9 [Gestrichen]

Rule 70

International Preliminary Report on Patentability by the International Preliminary Examining Authority (International Preliminary Examination Report)

70.1 [No change]

70.2 Basis of the Report

(a) to (c) [No change]

(c-bis) If the claims, description or drawings have been amended but the replacement sheet or sheets were not accompanied by a letter indicating the basis for the amendment in the application as filed, as required under Rule 46.5(b)(iii), Rule 46.5(b)(iii) being applicable by virtue of Rule 66.8(c), or Rule 66.8(a), as applicable, the report may be established as if the amendment had not been made, in which case the report shall so indicate.

(d) and (e) [No change]

70.3 to 70.15 [No change]

70.16 Annexes to the Report

(a) The following replacement sheets and letters shall be annexed to the report:

(i) each replacement sheet under Rule 66.8 containing amendments under Article 34 and each letter under Rule 66.8(a), Rule 66.8(b) and Rule 46.5(b) as applicable by virtue of Rule 66.8(c);

(ii) each replacement sheet under Rule 46.5 containing amendments under Article 19 and each letter under Rule 46.5; and

(iii) each replacement sheet under Rule 26.4 as applicable by virtue of Rule 91.2 containing a rectification of an obvious mistake authorized by that Authority

Règle 70

Rapport préliminaire international sur la brevetabilité établi par l'administration chargée de l'examen préliminaire international (rapport d'examen préliminaire international)

70.1 [Sans changement]

70.2 Base du rapport

a) à c) [Sans changement]

c-bis) Si les revendications, la description ou les dessins ont été modifiés mais que la ou les feuilles de remplacement n'étaient pas accompagnées d'une lettre indiquant la base de la modification dans la demande telle qu'elle a été déposée, comme l'exige la règle 46.5.b)(iii), la règle 46.5.b)(iii) étant applicable en vertu de la règle 66.8.c), ou la règle 66.8.a), selon le cas, le rapport peut être établi comme si la modification n'avait pas été faite; dans ce cas, le rapport doit l'indiquer.

d) et e) [Sans changement]

70.3 à 70.15 [Sans changement]

70.16 Annexes du rapport

a) Les feuilles de remplacement et lettres ci-après doivent être annexées au rapport:

i) chaque feuille de remplacement visée à la règle 66.8 contenant des modifications effectuées en vertu de l'article 34 et chaque lettre visée à la règle 66.8.a), à la règle 66.8.b) et à la règle 46.5.b) applicable en vertu de la règle 66.8.c);

ii) chaque feuille de remplacement visée à la règle 46.5 contenant des modifications effectuées en vertu de l'article 19 et chaque lettre visée à la règle 46.5; et

iii) chaque feuille de remplacement visée à la règle 26.4 applicable en vertu de la règle 91.2 contenant la rectification d'une erreur évidente autorisée par

Regel 70

Der internationale vorläufige Bericht zur Patentfähigkeit seitens der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde (Internationaler vorläufiger Prüfungsbericht)

70.1 [Unverändert]

70.2 Grundlage für den Bericht

a) bis c) [Unverändert]

c-bis) Sind die Ansprüche, die Beschreibung oder die Zeichnungen geändert worden und war dem Ersatzblatt oder den Ersatzblättern kein Begleitschreiben beigelegt, in dem die Grundlage für die Änderung in der ursprünglich eingereichten Anmeldung nach der gemäß Regel 66.8 Absatz c geltenden Regel 46.5 Absatz b Ziffer iii bzw. nach Regel 66.8 Absatz a angegeben war, so kann der Bericht so erstellt werden, als sei die Änderung nicht vorgenommen worden; in diesem Fall ist hierauf in dem Bericht hinzuweisen.

d) und e) [Unverändert]

70.3 bis 70.15 [Unverändert]

70.16 Anlagen zum Bericht

a) Die folgenden Ersatzblätter und Schreiben sind dem Bericht als Anlage beizufügen:

i) jedes Ersatzblatt nach Regel 66.8 mit Änderungen nach Artikel 34 und jedes Begleitschreiben nach Regel 66.8 Absatz a, Regel 66.8 Absatz b und der gemäß Regel 66.8 Absatz c geltenden Regel 46.5 Absatz b,

ii) jedes Ersatzblatt nach Regel 46.5 mit Änderungen nach Artikel 19 und jedes Begleitschreiben nach Regel 46.5 sowie

iii) jedes Ersatzblatt nach der gemäß Regel 91.2 geltenden Regel 26.4 mit der Berichtigung eines offensichtlichen Fehlers, der diese Behörde nach Regel 91.1

under Rule 91.1(b)(iii) and each letter under Rule 26.4 as applicable by virtue of Rule 91.2;

unless any such replacement sheet has been superseded or considered reversed by a later replacement sheet or an amendment resulting in the cancellation of an entire sheet under Rule 66.8(b); and

(iv) where the report contains an indication referred to in Rule 70.2(e), any sheet and letter relating to a rectification of an obvious mistake which is not taken into account pursuant to Rule 66.4^{bis}.

(b) Notwithstanding paragraph (a), each superseded or reversed replacement sheet referred to in that paragraph and any letter referred to in that paragraph relating to such superseded or reversed sheet shall also be annexed to the report where:

(i) the International Preliminary Examining Authority considers that the relevant superseding or reversing amendment goes beyond the disclosure in the international application as filed and the report contains an indication referred to in Rule 70.2(c);

(ii) the relevant superseding or reversing amendment was not accompanied by a letter indicating the basis for the amendment in the application as filed and the report is established as if the amendment had not been made and contains an indication referred to in Rule 70.2(c-bis).

In such a case, the superseded or reversed replacement sheet shall be marked as provided by the Administrative Instructions.

cette administration en vertu de la règle 91.1.b)(iii) et chaque lettre visée à la règle 26.4 applicable en vertu de la règle 91.2;

sauf si cette feuille de remplacement a été remplacée ou considérée comme écartée par une feuille de remplacement ultérieure ou une modification entraînant la suppression d'une feuille entière en vertu de la règle 66.8.b); et

iv) lorsque le rapport contient une indication visée à la règle 70.2.e), toute feuille et toute lettre portant sur la rectification d'une erreur évidente qui n'est pas prise en considération conformément à la règle 66.4^{bis}.

b) Nonobstant l'alinéa a), chaque feuille de remplacement visée dans cet alinéa qui a été remplacée ou écartée et toute lettre visée dans cet alinéa portant sur une feuille ainsi remplacée ou écartée est aussi annexée au rapport lorsque:

i) l'administration chargée de l'examen préliminaire international considère que la modification ultérieure, dans l'un ou l'autre cas de figure, va au-delà de l'exposé de l'invention figurant dans la demande internationale telle qu'elle a été déposée et le rapport contient l'indication visée à la règle 70.2.c),

ii) la modification, dans l'un ou l'autre cas de figure, n'était pas accompagnée d'une lettre indiquant la base de la modification dans la demande telle qu'elle a été déposée et le rapport est établi comme si la modification n'avait pas été faite et contient l'indication visée à la règle 70.2.c-bis).

La mention prévue dans les instructions administratives est alors apposée sur la feuille de remplacement qui a été remplacée ou écartée.

Absatz b Ziffer iii zugestimmt hat, und jedes Schreiben nach der gemäß Regel 91.2 geltenden Regel 26.4,

sofern die betreffenden Ersatzblätter nicht durch später eingereichte Ersatzblätter oder durch Änderungen, die zum Fortfall eines ganzen Blattes nach Regel 66.8 Absatz b führen, überholt sind oder als überholt gelten, und,

iv) wenn der Bericht eine Angabe nach Regel 70.2 Absatz e enthält, jedes Blatt oder Schreiben, das sich auf die Berichtigung eines offensichtlichen Fehlers bezieht, die nach Regel 66.4^{bis} nicht berücksichtigt wird.

b) Ungeachtet des Absatzes a sind dem Bericht die in Absatz a genannten überholten oder als überholt geltenden Ersatzblätter und die in Absatz a genannten Schreiben, die sich auf ein solches überholtes oder als überholt geltendes Ersatzblatt beziehen, ebenfalls als Anlage beizufügen, wenn

i) die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde der Auffassung ist, dass die betreffende spätere Änderung über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung, wie sie eingereicht worden ist, hinausgeht, und der Bericht eine Angabe gemäß Regel 70.2 Absatz c enthält;

ii) der betreffenden späteren Änderung kein Begleitschreiben beigelegt war, in dem die Grundlage für die Änderung in der ursprünglich eingereichten Anmeldung angegeben war, und der Bericht so erstellt wird, als sei die Änderung nicht vorgenommen worden, und er eine Angabe nach Regel 70.2 Absatz c-bis enthält.

In einem solchen Fall ist das überholte oder als überholt geltende Ersatzblatt wie in den Verwaltungsvorschriften angegeben zu kennzeichnen.

Rule 92

Correspondence

92.1 [No change]

92.2 Languages

(a) Subject to Rules 55.1 and 55.3 and to paragraph (b) of this Rule, any letter or document submitted by the applicant to the International Searching Authority or the International Preliminary Examining Authority shall be in the same language as the international application to which it relates. However, where a translation of the international application has been transmitted under Rule 23.1(b) or furnished under Rule 55.2, the language of such translation shall be used.

(b) [No change]

(c) [Remains deleted]

(d) and (e) [No change]

92.3 and 92.4 [No change]

Règle 92

Correspondance

92.1 [Sans changement]

92.2 Langues

a) Sous réserve des règles 55.1 et 55.3 et de l'alinéa b) de la présente règle, toute lettre ou tout document remis par le déposant à l'administration chargée de la recherche internationale ou à l'administration chargée de l'examen préliminaire international doit être rédigé dans la même langue que la demande internationale qu'il concerne. Cependant, si une traduction de la demande internationale a été transmise en vertu de la règle 23.1.b) ou remise en vertu de la règle 55.2, la langue de cette traduction doit être utilisée.

b) [Sans changement]

c) [Reste supprimé]

d) et e) [Sans changement]

92.3 et 92.4 [Sans changement]

Regel 92

Schriftverkehr

92.1 [Unverändert]

92.2 Sprachen

a) Vorbehaltlich der Regeln 55.1 und 55.3 sowie des Absatzes b ist ein vom Anmelder bei der Internationalen Recherchenbehörde oder der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde eingereichtes Schreiben oder Schriftstück in derselben Sprache abzufassen wie die zugehörige internationale Anmeldung. Ist jedoch eine Übersetzung der internationalen Anmeldung nach Regel 23.1 Absatz b übermittelt oder nach Regel 55.2 eingereicht worden, so ist die Sprache der Übersetzung zu verwenden.

b) [Unverändert]

c) [Bleibt gestrichen]

d) und e) [Unverändert]

92.3 und 92.4 [Unverändert]

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags
über die internationale Anerkennung der Hinterlegung
von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren**

Vom 14. September 2011

Der Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren, geändert am 26. September 1980 (BGBl. 1980 II S. 1104, 1105; 1984 II S. 679), ist nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für

Chile am 5. August 2011

Marokko am 20. Juli 2011

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. April 2011 (BGBl. II S. 574).

Berlin, den 14. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
des deutsch-bulgarischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. September 2011

Das in Sofia am 7. Juni 2010 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bulgarien über Finanzielle Zusammenarbeit 2006 (Vorhaben „Kommunale Infrastruktur – Technische Infrastruktur 2010 – 2013“) ist nach seinem Artikel 5

am 5. August 2010

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. September 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Leo Kreuz

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bulgarien
über Finanzielle Zusammenarbeit 2006**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Bulgarien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Bulgarien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Arbeitsgespräche vom 22. Mai 2003 sowie das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 8. Dezember 2006

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Bulgarien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Verbunddarlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für das Vorhaben „Kommunale Infrastruktur – Technische Infrastruktur 2010 – 2013“ von bis zu 34 373 000,- EUR (in Worten: vierunddreißig Millionen dreihundertunddreiundsiebzigtausend Euro) gewährt wird.

Hierin enthalten sind 4 700 000,- EUR (in Worten: vier Millionen siebenhunderttausend Euro) aus der Zusage 2003, die ursprünglich für das KMU-Kreditprogramm vorgesehen waren und nunmehr umgewidmet werden, sowie

2. ein Finanzierungsbeitrag für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds bis zu 300 000,- EUR (in Worten: dreihunderttausend Euro) aus der Zusage 2003,

wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der Republik Bulgarien weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Bulgarien eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Das unter Nummer 1 genannte Vorhaben kann nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Bulgarien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

(3) Die Regierung der Republik Bulgarien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bulgarien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Bulgarien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bulgarien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Bulgarien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Sofia am 7. Juni 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Matthias Höpfner

Für die Regierung der Republik Bulgarien

Traykov

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölverschmutzungsschäden

Vom 26. September 2011

Das Internationale Übereinkommen vom 23. März 2001 über die zivilrechtliche Haftung für Bunkerölverschmutzungsschäden (BGBl. 2006 II S. 578, 579) ist nach seinem Artikel 14 für

Aserbaidshon

am 22. September 2010

Jordanien

am 24. Juni 2010

Vietnam

am 18. September 2010

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juni 2010 (BGBl. II S. 894).

Berlin, den 26. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
der deutsch-polnischen Rahmenvereinbarung
über die Verteidigungszusammenarbeit**

Vom 19. Oktober 2011

Die in Warschau am 21. Juni 2011 unterzeichnete Rahmenvereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Verteidigungszusammenarbeit ist nach ihrem Artikel 6 Absatz 1

am 9. Oktober 2011

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Weiter wird bekannt gemacht, dass nach Artikel 6 Absatz 7 dieser Rahmenvereinbarung

- die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Nationale Verteidigung der Republik Polen über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich, am 25. Januar 1993 in Bonn unterzeichnet (nicht veröffentlicht),
- das Zusatzprotokoll zur Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Nationale Verteidigung der Republik Polen über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich betreffs der Zusammenarbeit im Fachgebiet Militärisches Geowesen, am 15. Februar 1995 in Warschau und am 31. März 1995 in Bonn unterzeichnet (nicht veröffentlicht),
- das Protokoll zu der Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Militärischen Bereich zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Republik Polen über den gegenseitigen Austausch von Angehörigen ihrer Streitkräfte, am 18. November 1997 in Warschau unterzeichnet (nicht veröffentlicht),
- die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Republik Polen über die Bedingungen der gegenseitigen Sicherstellung von offiziellen und Arbeitsbesuchen, am 4. September 1991 in Bonn und am 27. November 1992 in Warschau unterzeichnet (nicht veröffentlicht),

mit Ablauf des 8. Oktober 2011

außer Kraft getreten sind.

Bonn, den 19. Oktober 2011

Bundesministerium der Verteidigung
Im Auftrag
Dr. Weingärtner

Rahmenvereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Verteidigungszusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Polen
(im Folgenden gemeinsam „Vertragsparteien“ und
einzeln „Vertragspartei“ genannt) –

in Bestätigung ihrer Verpflichtungen, die sich aus der Charta der Vereinten Nationen ergeben,

in dem Bestreben, die Verteidigungszusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und der Organisation des Nordatlantikvertrags zu vertiefen,

in der Überzeugung, dass die Verteidigungszusammenarbeit zu einem besseren Verständnis ihrer Sorgen um die Sicherheit und zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeiten beitragen werde,

in dem Bestreben, die Verteidigungszusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Vertrauens auszuüben,

im Hinblick auf die Bestimmungen des in London unterzeichneten Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen,

unter Berücksichtigung des in Warschau unterzeichneten Abkommens vom 23. August 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland und der Streitkräfte der Republik Polen auf dem Gebiet des jeweils anderen Staats,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen des in Danzig unterzeichneten Abkommens vom 30. April 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den gegenseitigen Schutz von Verfassungssachen,

geleitet von den Zielen und Grundsätzen des in Bonn unterzeichneten Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

angesichts der beiderseitigen Vorteile aus dem Einsatz für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit,

in Übereinstimmung mit dem jeweiligen innerstaatlichen Recht, den Grundsätzen des Völkerrechts und ihren internationalen Verpflichtungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Allgemeine Bestimmungen

(1) Diese Rahmenvereinbarung, die ein Vertrag im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe a des am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichneten Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge ist, legt die Prinzipien der Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien fest, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, der beiderseitigen Interessen und der Partnerschaft beruht.

(2) Die Vertragsparteien ergreifen auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung Maßnahmen unter Berücksichtigung der Grundsätze und der Ziele der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Grundsätze der souveränen Gleichheit, der territorialen Unversehrtheit von Staaten und des Nichteingreifens in ihre inneren Angelegenheiten sowie unter Berücksichtigung des innerstaatlichen und des internationalen Rechts.

(3) Zum Zwecke der Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung ist das ausführende Organ für die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Verteidigung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und für die Republik Polen der Minister für Nationale Verteidigung in Zusammenarbeit mit dem für Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Minister.

Artikel 2

Verteidigungszusammenarbeit

(1) Die Verteidigungszusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien betrifft folgende Bereiche:

1. Verteidigungsplanung,
2. Organisation der Streitkräfte und ihre innere Ordnung, einschließlich Innere Führung,
3. Erfüllung der Bestimmungen internationaler Verträge in den Bereichen Verteidigung, Wehrwesen, Sicherheit und Rüstungskontrolle,

4. Friedensoperationen und humanitäre Operationen sowie andere Maßnahmen internationaler Organisationen zur Unterstützung des Friedens und zur Bekämpfung des Terrorismus,
 5. Einsätze militärischer Such- und Rettungsdienste,
 6. Verteidigung vor Massenvernichtungswaffen,
 7. Schutz des Luftraums der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen,
 8. Luftverteidigung und Flugkörperabwehr,
 9. Durchführung von militärischen Luftfahrzeugflügen im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen einschließlich des Überflugs der Staatsgrenze,
 10. militärische logistische Unterstützung,
 11. militärische Systeme und Technologien in den Bereichen Informatik und Telekommunikation,
 12. Recht und Wirtschaft im Bereich der Verteidigung,
 13. militärische sanitätsdienstliche Versorgung,
 14. militärische Anwendungen der Geografie, Geodäsie, Kartografie, Hydrografie und Meteorologie,
 15. militärisches Messwesen,
 16. militärische Übungen, einschließlich der Nutzung der militärischen Infrastruktur von Truppenübungsplätzen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen,
 17. Militärschulwesen,
 18. verschiedene Formen der dienstlichen und der beruflichen Aus- und Fortbildung des militärischen und des zivilen Personals, das den für Verteidigungsangelegenheiten zuständigen Ministern beziehungsweise Ministerien zugeordnet ist,
 19. Wissenschaft und Forschung im Bereich Verteidigung,
 20. Militärgeschichte und Militärmuseen, einschließlich des Austauschs von Museumsexponaten,
 21. Verteidigungsindustrie der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, einschließlich der Unterstützung gemeinsamer Projekte im Bereich der Entwicklung moderner Waffen und modernen militärischen Geräts,
 22. Schutz der natürlichen Umwelt bei militärischen Operationen multinationaler Einheiten,
 23. militärische Normierung, Kodifizierung und Qualitätssicherung,
 24. Austausch von militärischem und zivilem Personal, das den für Verteidigungsangelegenheiten zuständigen Ministern beziehungsweise Ministerien zugeordnet ist,
 25. sonstige Bereiche von gemeinsamem Interesse, auf die sich die Vertragsparteien zuvor verständigt haben.
- (2) Die Vertragsparteien arbeiten in den in Absatz 1 genannten Bereichen unter anderem auf folgende Weise zusammen:
1. Treffen der für Verteidigungsangelegenheiten zuständigen Minister und ihrer Vertreter, an denen Vertreter der für Wirtschaftsangelegenheiten zuständigen Minister beziehungsweise Ministerien teilnehmen, sofern eine in Absatz 1 Nummer 21 bestimmte Angelegenheit als Thema von beiderseitigem Interesse angesehen wird,
 2. gegenseitige Besuche von militärischem und zivilem Personal, das den für Verteidigungsangelegenheiten zuständigen Ministern beziehungsweise Ministerien zugeordnet ist,
 3. gegenseitige Besuche von militärischen Luftfahrzeugen und Kriegsschiffen im Hoheitsgebiet sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch der Republik Polen gemäß vorheriger Abstimmung,
 4. Erfahrungsaustausch auf Expertenebene,
 5. politisch-militärische Konsultationen, Konferenzen und Seminare,
 6. Studium an und praktische Ausbildung in militärischen Bildungseinrichtungen und militärischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen,
 7. fachmännische Beratung und Unterstützung bei Forschung, Überholung und Instandsetzung von Waffen und militärischer Ausrüstung,
 8. Teilnahme an militärischen Übungen,
 9. Nutzung von Truppenübungsplätzen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen,
 10. Teilnahme von militärischen Truppenteilen an militärischen Maßnahmen internationaler Organisationen,
 11. Austausch von Informationen, Unterlagen und Ausbildungsmaterial,
 12. Organisation von und Teilnahme an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen.

Artikel 3

Finanzielle Bestimmungen

Sofern nichts anderes vereinbart, trägt jede der Vertragsparteien ihre Kosten, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Rahmenvereinbarung entstehen.

Artikel 4

Schutz ausgetauschter Verschlusssachen

Der Schutz von im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung ausgetauschten Verschlusssachen wird durch die Bestimmungen des in Danzig unterzeichneten Abkommens vom 30. April 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen geregelt.

Artikel 5

Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten hinsichtlich Auslegung oder Anwendung dieser Rahmenvereinbarung werden von den Vertragsparteien ausschließlich durch Verhandlungen beigelegt.

Artikel 6

Schlussbestimmungen

(1) Diese Rahmenvereinbarung tritt dreißig Tage nach Eingang der auf diplomatischem Wege übermittelten Notifikation in Kraft, in der die Regierung der Republik Polen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Diese Rahmenvereinbarung wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

(3) Diese Rahmenvereinbarung kann von jeder Vertragspartei mit einer auf diplomatischem Wege übermittelten schriftlichen Notifikation gekündigt werden. In einem solchen Fall erlischt diese Rahmenvereinbarung hundertachtzig Tage nach Eingang der Notifikation über die Kündigung.

(4) Von der Kündigung dieser Rahmenvereinbarung bleiben die Geltung und der Geltungszeitraum der auf ihrer Grundlage begonnenen Projekte oder umzusetzenden Vorhaben bis zu deren Abschluss unberührt, es sei denn, die Vertragsparteien legen einvernehmlich etwas anderes fest.

(5) Diese Rahmenvereinbarung kann jederzeit durch schriftliche Zustimmung der Vertragsparteien geändert werden. Etwaige Änderungen treten nach dem in Absatz 1 festgelegten Verfahren in Kraft.

(6) Die Registrierung dieser Rahmenvereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von der Regierung der Republik Polen veranlasst. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird von der erfolgten Registrierung und der Registrierungsnummer unterrichtet, sobald die Regierung der Republik Polen deren Bestätigung erhalten hat.

(7) Mit Inkrafttreten dieser Rahmenvereinbarung treten nachfolgende Vereinbarungen und Protokolle außer Kraft:

- Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Nationale Verteidigung der Republik Polen über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich, am 25. Januar 1993 in Bonn unterzeichnet,
- Zusatzprotokoll zur Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem

Minister für Nationale Verteidigung der Republik Polen über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich betreffs der Zusammenarbeit im Fachgebiet Militärisches Geowesen, am 15. Februar 1995 in Warschau und am 31. März 1995 in Bonn unterzeichnet,

- Protokoll zu der Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Militärischen Bereich zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Republik Polen über den gegenseitigen Austausch von Angehörigen ihrer Streitkräfte, am 18. November 1997 in Warschau unterzeichnet,
- Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Republik Polen über die Bedingungen der gegenseitigen Sicherstellung von offiziellen und Arbeitsbesuchen, am 4. September 1991 in Bonn und am 27. November 1992 in Warschau unterzeichnet.

Geschehen zu Warschau am 21. Juni 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Thomas de Maizière
Rüdiger Freiherr von Fritsch

Für die Regierung der Republik Polen

Bogdan Klich

**Bekanntmachung
der deutsch-kongolesischen Vereinbarung
über Technische Zusammenarbeit**

Vom 20. Oktober 2011

Die in Kinshasa durch Notenwechsel vom 8. Februar 2001/18. April 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo geschlossene Vereinbarung über die Fortführung des Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH in Kinshasa ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 18. April 2002

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Weiter wird bekannt gemacht, dass durch ergänzende Note vom 27. Dezember 2007 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Demokratischen Republik Kongo mitgeteilt hat, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Absicht hat, das Büro für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Die deutsche Note vom 27. Dezember 2007 mit der Mitteilung über die Nutzung des Büros nach Nummer 1 der Vereinbarung vom 8. Februar 2001/18. April 2002 durch die KfW wird nachstehend mit der amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 20. Oktober 2011

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ute Heinbuch

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Kinshasa, den 8. Februar 2001

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 30. Mai 1988 zwischen unseren beiden Regierungen über „Technische Zusammenarbeit“ sowie die Note vom 21. Dezember 1998 betreffend die vorläufige Anwendung des oben genannten Abkommens folgende Vereinbarung über die Fortführung des örtlichen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH vorzuschlagen:

1. Mit dem Ziel, die Entwicklungszusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu unterstützen, vereinbaren die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Fortsetzung der Tätigkeiten des örtlichen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH in Kinshasa – im Folgenden als „Büro“ bezeichnet. Dieses Büro für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit kann auch von anderen deutschen Durchführungsorganisationen genutzt werden.
2. Dem Büro können folgende Aufgaben übertragen werden:
 - a) Unterstützung der Vorhaben in allen Angelegenheiten der Projektdurchführung;
 - b) Wahrnehmung übergreifender fachlicher und administrativer Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung von Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit, mit denen die GTZ von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt ist;

- c) Wahrnehmung projektübergreifender landesbezogener Aufgaben;
 - d) Vertretung der GTZ vor Ort.
3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt folgende Leistungen:
- Sie
- a) trägt alle Investitions- und Betriebskosten für das Büro;
 - b) übernimmt die Kosten der zur Durchführung der Aufgaben des Büros entsandten Lang- und Kurzzeitfachkräfte sowie für die vom Büro eingestellten Ortskräfte.
4. Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo erbringt folgende Leistungen:
- Sie
- a) befreit die im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu liefernden Sachmittel von Lizenzen, Hafen-, Ein- und Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie Lagergebühren oder übernimmt dafür die Kosten und stellt sicher, dass diese unverzüglich entzollt werden. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag des Büros auch für in der Demokratischen Republik Kongo beschafftes Material;
 - b) unterstützt Anträge des Büros auf:
 - Einrichtung von Telekommunikationsanschlüssen einschließlich Funk- und Satellitenverbindungen;
 - Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für das entsandte Personal sowie Arbeitsgenehmigungen für Ortskräfte des Büros;
 - c) sorgt für den Schutz der Person und des Eigentums der entsandten Fachkräfte und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder;
 - d) gewährt den entsandten Fachkräften und den zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitgliedern alle Rechte nach Maßgabe des eingangs erwähnten Abkommens vom 30. Mai 1988.
5. Das für das Büro gelieferte Material einschließlich der Fahrzeuge bleibt im Eigentum der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Es geht bei Auflösung des Büros in das Eigentum der Demokratischen Republik Kongo über.
6. Benennung der Durchführungsorganisationen
- a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Leistungen durch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn.
 - b) Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo beauftragt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit als Ansprechpartner der GTZ.
7. Diese Vereinbarung gilt für einen Zeitraum von 3 Jahren und verlängert sich jeweils um 2 weitere Jahre, soweit sie nicht von einer der Vertragsparteien 6 Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt wird. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung beim anderen Vertragsstaat.
8. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 30. Mai 1988 über Technische Zusammenarbeit auch für diese Vereinbarung.
9. Die bisherige Vereinbarung vom 1. Dezember 1983 über die Einrichtung eines Projektverwaltungsbüros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH in Kinshasa tritt mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung außer Kraft.
10. Diese Vereinbarung wird in deutscher und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Demokratischen Republik Kongo mit den unter Nummern 1 bis 10 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Internationale Zusammenarbeit
der Demokratischen Republik Kongo
Herrn Léonard She Okitundu
Kinshasa

Ambassade
de la République fédérale d'Allemagne
Kinshasa

Kinshasa, le 27 décembre 2007

Note Verbale

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne présente ses compliments au Ministère des Affaires Étrangères et de la Coopération Internationale de la République Démocratique du Congo et – se référant à l'échange de lettre en date du 8 février 2001 et en date du 18 avril 2002 entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le gouvernement de la République Démocratique du Congo relatif à la poursuite des activités du bureau local de la Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH – a l'honneur de lui faire savoir, que la Banque allemande de développement (Kreditanstalt für den Wiederaufbau, KfW) a l'intention d'utiliser désormais le bureau pour la coopération allemande au développement. La KfW est un organisme exécutant d'après numéro 1 de l'Accord gouvernemental mentionné ci-dessus (dont copies sont jointes à la présente). Les dispositions de cet Accord s'appliqueront également à la KfW.

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne saisit cette occasion pour renouveler au Ministère des Affaires Étrangères et de la Coopération Internationale de la République Démocratique du Congo l'expression de sa haute considération.

Ministère des Affaires Étrangères
et de la Coopération Internationale
de la République Démocratique du Congo
Kinshasa

(Übersetzung)

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Kinshasa

Kinshasa, den 27. Dezember 2007

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland begrüßt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der Demokratischen Republik Kongo und beehrt sich, ihm unter Bezugnahme auf den Briefwechsel vom 8. Februar 2001 und 18. April 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo zur Fortführung der Aktivitäten des lokalen Büros der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH mitzuteilen, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Absicht hat, künftig das Büro für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Die KfW ist eine Durchführungsorganisation nach Ziffer 1 des oben genannten Regierungsabkommens (Kopien sind dieser Verbalnote beigelegt). Die Bestimmungen dieses Abkommens werden auch für die KfW gelten.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der Demokratischen Republik Kongo erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
und Internationale Zusammenarbeit
der Demokratischen Republik Kongo
Kinshasa

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH.
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige
Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundes-
gesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-
setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende
Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnements-
bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten).
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz
beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Berichtigung der Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Straßenverkehrszeichen

Vom 28. September 2011

Die Bekanntmachung vom 16. August 2011 (BGBl. II S. 870) über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 8. November 1968 über Straßenverkehrszeichen (BGBl. 1977 II S. 809, 893) wird in ihrem Abschnitt II dahin gehend berichtigt, dass das Übereinkommen für Slowenien durch Rechtsnachfolge nicht am 25. Juni 1999, sondern am 25. Juni 1991 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 28. September 2011

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer